



***Landkreis Hameln-Pyrmont***  
***Wahlprogramm 2021***  
***BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN***

***Veränderung beginnt hier.***

***[gruene-hameln-pyrmont.de](http://gruene-hameln-pyrmont.de)***

# Inhaltsverzeichnis

|                            |           |
|----------------------------|-----------|
| <b>Präambel</b>            | <b>1</b>  |
| <b>Grün schützt.</b>       | <b>2</b>  |
| Artenvielfalt              | 2         |
| Klimawandel                | 5         |
| Atomkraft                  | 8         |
| Verkehrswende              | 10        |
| <b>Grün hält zusammen.</b> | <b>14</b> |
| Soziales                   | 14        |
| Bildung                    | 17        |
| <b>Grün organisiert.</b>   | <b>20</b> |
| Verwaltung                 | 20        |
| <b>Grün handelt.</b>       | <b>24</b> |
| Wirtschaft                 | 24        |
| Tourismus                  | 26        |
| Land- und Forstwirtschaft  | 27        |
| Kreislaufwirtschaft        | 29        |

## Aus der Krise lernen – Widerstandsfähiges Hameln-Pyrmont

Mit der Corona-Pandemie erlebt die Welt den aktuellen Höhepunkt einer ganzen Reihe von weltweiten Krisen des letzten Jahrzehnts. Der atomare Supergau von Fukushima, der Klimawandel, das gigantische Sterben der Arten, die Zerstörung von Biotopen, Hunger, die Fluchtbewegungen aus den Krisen- und Kriegsgebieten der Welt, die Erstarkung rechtspopulistischer Bewegungen, die Zunahme von Hass und Hetze in den sozialen Netzwerken, die Verbreitung von Verschwörungsmythen, die Ausgrenzung von Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Abstammung, ihrer Ethnie, ihrer Sprache, ihrer Heimat und Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen und politischen Anschauungen, ihrer Behinderung – **sie alle haben eins gemeinsam: Sie sind menschengemacht.** Sie basieren auf systematischer Reproduktion von Ungleichheit und einem Wirtschaftssystem, das bisher vielfach abhängig von globalen Produktionsketten und Ausbeutung ist.

Wir wollen das durchbrechen: Es ist möglich, diese Krisen in Chancen und Möglichkeiten für ein besseres Zusammenleben auf diesem Planeten umzuwandeln! Es liegt in unseren Händen. Gemeinsam mit den Bürger\*innen in Hameln-Pyrmont wollen wir die gefühlte Macht- und Einflusslosigkeit angesichts dieser globalen Krisen überwinden. Wir wollen unsere Gestaltungsspielräume und Ressourcen wahrnehmen und nutzen. **Wir wollen Hameln-Pyrmont widerstandsfähiger gegen diese globalen Krisen machen ohne zu vergessen, dass wir selbst Teile dieser Welt sind.**

**Unser Handeln versucht stets, wie auch im nachgehenden Wahlprogramm verdeutlicht, zwei Ziele zu erreichen:** Ein Ende des menschengemachten Klimawandels, der anhaltenden Umwelt- und Naturzerstörung, sowie der Missachtung der Würde von Tieren. Das zweite Ziel ist das Erreichen sozialer Gerechtigkeit – ganz egal ob in der Kita, in der Schule, am Arbeitsplatz oder im gesellschaftlichen und politischen Handeln allgemein. Die Erreichung dieser Ziele beginnt hier, mit uns!

Mit diesem Wahlprogramm machen wir einen Vorschlag für ein Hameln-Pyrmont, das von Offenheit, Verantwortung und Solidarität geprägt ist. Wir entwerfen eine **Zukunft** für unseren Landkreis, in der Menschen gut und im Einklang mit ihrer Umwelt leben und wirtschaften können.

Wir müssen in sehr vielen Bereichen eine Wende einleiten und zwar dringend: die Klimawende, die Pflegewende, die Bildungswende, die Verkehrswende, die Landwirtschaftswende.

Es gibt viele Ideen und das Wissen über machbare Alternativen. Forschende liefern uns, auch auf regionaler Ebene, viele Lösungen zur Bewältigung verschiedenster Probleme – angefangen hier im ländlich geprägten Raum. Wir wollen weniger Plastik und mehr Schmetterlinge, weniger Autos, mehr sichere Radwege und regionale Einkaufsmöglichkeiten. Wir wollen eine tiergerechte Landwirtschaft und sauberes Wasser. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche nicht mehr unter Armut leiden müssen. Wir wollen Schulen, die so ausgestattet sind, dass sie allen Lernenden eine zukunftsfähige Bildung, Chancengleichheit und Teilhabe vermitteln. Wir wollen gute Arbeitsplätze, das Ladensterben verhindern und kulturelle Angebote ausbauen.

Mit dem Wissen um die globalen Zusammenhänge wollen wir bei uns vor der Haustür beginnen und mit vielen engagierten und tatkräftigen Menschen gemeinsam viele erste Schritte tun, um das Gesicht unseres Landkreises nachhaltig zu verändern. Für ein lebenswertes, gesundes und vielfältiges Zuhause – in dem auch noch unsere Kinder, Enkel, Urenkel und die unserer Mitgeschöpfe eine gute und gesunde Lebensgrundlage finden.

## ARTENVIELFALT

### Dem Fluss Gestalt zurückgeben - Unsere Weser und die kleinen Fließgewässer

Das heutige Gesicht der Weser ist historisch durch die Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung geprägt. Kiesabbau, Siedlungen, Landwirtschaft und die Binnenschifffahrt bestimmen unser Bild von der Weser. Ihre ökologische Funktion gerät dabei aus dem Fokus.

Dabei kann **eine ökologisch gestaltete Weser** eine Vielzahl wichtiger Funktionen für unsere Gesellschaft und die Artenvielfalt übernehmen: Unbebaute, strukturreiche Auenlandschaften mit Tümpeln, Feuchtwiesen, Auwäldern, trockenen Sandufern und Kiesinseln bieten Hochwasserschutz für unsere Anrainer-Städte und -Gemeinden, sie senken den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und wirken dem fortschreitenden Klimawandel entgegen. Sie kühlen unsere Städte und bieten Lebensraum für bedrohte Tierarten, wie Fischotter, Blauflügel-Prachtlibelle, Seeadler, Weißstorch und Biber.

Da das Wasser in Auenbereichen auf größerer Fläche steht, bildet sich auch mehr Grundwasser, was vor dem Hintergrund des raschen Klimawandels zunehmend an Bedeutung gewinnt. Aufgrund der stärkeren Wasserbewegung in flacheren Flussabschnitten sind diese sauerstoffreicher. Aufsteigende Fische, wie der ursprünglich für die Weser heimischer Lachs, finden sich darin besser zurecht und die durch Sedimentablagerung entstehenden Kiesbetten bieten optimale Laichmöglichkeiten in ruhigeren Uferbereichen.

Für die Artenvielfalt in und am Wasser ist aber auch die **Verbesserung der Durchgängigkeit** des Flusses für den Fischauf- und -abstieg erforderlich. Dies betrifft in unserem Landkreis die Wasserkraftanlagen in Hameln. Diese verfügen zwar über Fischtreppe, ihre Effizienz wird aber durch die hohe Anströmgeschwindigkeit der Turbinen als gering eingestuft. Viele Fische werden von den Turbinen angezogen und beim Durchschwimmen verletzt oder getötet. Dies muss sich ändern.

Die Weser ist Schwerpunktgewässer im niedersächsischen Aktionsprogramm zur **Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie**. Damit ist eine starke rechtliche Grundlage geschaffen worden, auf deren Basis auch finanzielle Mittel akquiriert werden können. In der Oberweser-Erklärung wurde dies erkannt und man hat sich auf die Inanspruchnahme aller in Frage kommenden Förderinstrumente zur Umsetzung von mehr Flussnatur im Einklang mit Naturtourismus verständigt. Wir sehen hier ein Betätigungsfeld für den, nun hauptamtlich geführten, Naturpark Weserbergland zur Vernetzung der relevanten Akteur\*innen und werden uns selbst mit allen politischen Mitteln für die Revitalisierung der Oberweser einsetzen.

Dazu gehört für uns auch die Umsetzung des 2016 durch die Anrainerländer vereinbarten **"Masterplan Salz"**, wonach die Salzeinleitung durch das Unternehmen K+S ab 01.01.2022 endgültig beendet sein soll. Kein Salz in unsere Weser - an diese Vereinbarung fühlen wir uns gebunden und werden unsere politischen Möglichkeiten nutzen, um ihre Einhaltung durchzusetzen.

Auch unsere kleineren Fließgewässer brauchen politische Aufmerksamkeit. Sie befinden sich oftmals in einem schlechten ökologischen Zustand und entsprechen nicht den Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Deutschland hinkt in dieser Hinsicht weit hinterher. Neben den Belastungen, denen Flora und Fauna ausgesetzt sind droht nun ein Vertragsverletzungsverfahren mit nicht absehbaren finanziellen Konsequenzen, nachdem mehrere Umweltverbände berechtigterweise Beschwerde bei der EU eingelegt haben.

Für diese kleineren Gewässer zweiter und dritter Ordnung, also unsere Quellbäche und die FFH-Gewässer Emmer, Hamel und Saale, sowie die übrigen Weser- und Leinezuflüsse, wollen wir **kontinuierliche öffentliche Zustandsberichte zur ökologischen und chemischen Qualität** etablieren. Daraus folgernd sollen Pflege- und Entwicklungspläne entsprechend der europäischen Wasserrahmenrichtlinie erarbeitet und mit den Unterhaltungsverbänden zur Umsetzung gebracht werden. Die untere Wasserbehörde muss hier stärker Verantwortung übernehmen und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorgaben ahnden.

Mit dem niedersächsischen Weg verpflichten sich die Landwirt\*innen zudem zu einer Vielzahl von Maßnahmen zur **Verbesserung der ökologischen Situation der kleinen Fließgewässer**. Hier nehmen wir sie beim Wort und messen sie am Erfolg.

### **Lebensräume vernetzen - Unsere Berge**

Im Landkreis Hameln-Pyrmont gibt es drei Schlüsselgebiete als Bausteine für den bundesweiten **Schutz alter Buchenwälder**. Dies sind die Pyrmonter Berge, der Ith, der mit seinen 2715 Hektar europäischen Schutzstatus genießt und der Süntel, der mit dem Hohenstein zumindest in Teilgebieten ebenfalls unter Schutz gestellt wurde. Die zumeist naturnahen Wälder bieten Lebensraum für eine ganze Reihe seltener Arten. Bei den Pflanzen sind dies Orchideen, Blaugras und verschiedene Flechten, bei den Tierarten Charakterarten wie Uhu, Seeadler, Schwarzstorch, Wanderfalke, Rotmilan, Grauspecht und Fledermäuse. Aber auch Luchs, Wildkatze, Blindschleiche, Molch, Unke und Salamander nehmen diesen Lebensraum gerne an, sofern es ihnen gelingt, vom Menschen geschaffene Barrieren zu überwinden. Die Naturbereiche sind durch Siedlungen, Straßen und Agrarlandschaften zerschnitten, mit stetigem Rückgang an Hecken- und Grünstreifen – auch in unserem Landkreis. Der **Vernetzung von Lebensräumen** kommt deshalb eine wichtige Rolle für den Erhalt der Artenvielfalt zu.

Auch der Niedersächsische Weg sieht 10% der Landesfläche außerhalb des Waldes und von Siedlungsgebieten für die Schaffung eines landesweiten Biotopverbundes vor, um durch die Wanderung der Arten einen genetischen Austausch und letztlich ihr Überleben zu ermöglichen. Je nachdem, welche Art geschützt werden soll, kann sowohl der Erhalt der Offenlandlebensräume, wie auch die Waldvernetzung durch Anpflanzung von Wildkorridoren eine geeignete Erhaltungsmaßnahme darstellen. Die Herstellung eines abwechslungsreichen Lebensraumnetzes ist deshalb das Ziel. Gehölzbetonte Biotope, Hecken, Offenland und Gewässer müssen sich gegenseitig ablösen.

Mit dem **Wildkatzensprung** des BUND und dem **Gelbbauchunkenprojekt** des NABU sind in unserem Landkreis bereits zwei große Umweltverbände mit ausgezeichneter Expertise in Sachen Biotopvernetzung tätig. Diese Leuchttürme wollen wir politisch weiterhin eng begleiten und unterstützen - auch mit Blick auf eine größtmögliche Ausschöpfung der europäischen und nationalen Fördermittel.

Im Niedersächsischen Weg wurde darüber hinaus diverses **artenreiches Grünland** in den Status gesetzlich geschützter Biotope gehoben. In unserem Landkreis sind davon etliche Flächen umfasst, wie zum Beispiel in den Überschwemmungsgebieten von Flüssen und Bächen oder aber in den erosionsgefährdeten Bereichen unserer Mittelgebirgskzüge. Darüber hinaus gelten auch Streuobstwiesen mit Hochstämmen ab einer Größe von 2500 qm ab sofort als Biotope. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass diese Biotope durch die Verwaltung zügig erfasst und, im Dialog mit den Eigentümer\*innen, der Erhaltungszustand verbessert wird, eine Bewirtschaftung aber grundsätzlich möglich bleibt. Dafür stellt der Niedersächsische Weg Anreize und Ausgleichsmittel zur Verfügung, die wir ausschöpfen wollen.

Im Landkreis Hameln-Pyrmont gibt es zahlreiche ehemalige Bergwiesen, die aufgrund der veränderten Art der Nutztviehhaltung oder aus anderen Gründen nicht mehr beweidet oder gemäht werden. Wenn diese verbuschen oder für den Ackerbau umgebrochen werden, ge-

hen damit einzigartige Biotope unwiederbringlich verloren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass ein weiterer Biotopverlust verhindert wird. Wir wollen dafür die Mittel aus dem Niedersächsischen Weg nutzen und neben der Vereinbarung von Landschaftspflegeverträgen mit den bewirtschaftenden Personen oder Unternehmen den Einsatz von Schafen und Ziegen zur Landschaftspflege fördern.

Dafür soll, in Kooperation mit den Kommunen und dem Naturpark Weserbergland, ein **kreisweites Beweidungskonzept** für entsprechende Biotope erstellt und ein Interessenbekundungsverfahren unter den hiesigen Schäfereien ausgeschrieben werden. Unter der Federführung des Naturparks Weserbergland soll dieses Konzept touristisch und - im Sinne von Bildung für nachhaltige Entwicklung - mit Kindergärten und Schulen ausgebaut werden. Das Konzept kann gleichzeitig im Rahmen einer Regionalmarke und Direktvermarktung von Fleisch und Wolle den Bekanntheitswert unserer Region, auch außerhalb des Landkreises, steigern und Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung geben.

Der Errichtung einer **Schadstoffdeponie im Landschaftsschutzgebiet Ith**, erteilen wir eine Absage – nötigenfalls auch mittels eines Klageverfahrens. Eine erneute Verlängerung des Abbaubetriebs lehnen wir ebenfalls ab. Stattdessen werden wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass der ausgebeutete Steinbruch für den Naturschutz entwickelt wird.

Bezüglich möglicher kleinklimatischer Veränderungen im Totental, durch die Erweiterung des **Steinbruchs Langenfeld**, bleiben wir hartnäckig mit der Unteren Naturschutzbehörde im Gespräch und bestehen auf die Veröffentlichung entsprechender Messungen und die Umsetzung sich daraus ergebender notwendiger Maßnahmen.

Die **Pläne der Firma Rheinkalk**, im Rahmen der Reaktivierung des Gesteinsabbaus im Steinbruch Voska in Salzhemmendorf, den Abtransport des Gesteins von der Schiene vollständig auf LKW zu verlagern, lehnen wir ab. Die Anlage soll dem Unternehmen zufolge mit einer Leistung von 300 Tonnen pro Stunde an sechs Tagen in der Woche von 6-22 Uhr betrieben werden. Um die dabei entstehenden Gesteinsmengen abzutransportieren, sind je Stunde 22 LKW-Bewegungen erforderlich – 11 leere LKW zum Steinbruch, die dann beladen erneut durch den Flecken fahren. Die dadurch entstehende Belastung für die Bevölkerung – alle drei Minuten ein 40-Tonner durch die kleinen Orte – halten wir für unzumutbar und werden uns auch weiterhin mit den uns zur Verfügung stehenden politischen Mitteln gegen eine Genehmigung einsetzen.

Mit der **Ökologischen NABU-Station Oberes Wesertal** steht jetzt endlich auch für den Landkreis Hameln-Pyrmont eine Vor-Ort-Betreuung für unsere FFH-Gebiete zur Verfügung. In enger Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde werden die Schutzgebiete überwacht und durch zielgerichtete Maßnahmen an der Verbesserung ihres Erhaltungszustandes gearbeitet. Unter Respektierung ihrer konzeptionellen Grundsätze werden wir die Arbeit der Ökologischen Station politisch begleiten und unterstützen.

# KLIMAWANDEL

## Dem Klimawandel begegnen – Hameln-Pyrmont For Future!

Nach dem fossilen Zeitalter befinden wir uns an der Schwelle zur ökologischen Moderne. Es muss darum gehen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren und die natürlichen Ressourcen nur in dem Maße zu nutzen, wie sie sich auch wieder erneuern können.

Das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung hat gesellschaftliche Kippmechanismen untersucht, die geeignet sind, kurzfristig einen Durchbruch zur Klimastabilisierung auszulösen. Eine klimaneutrale Stromerzeugung und der Abzug von Finanzen aus Wirtschaftssektoren, die das Klima belasten, sind die wichtigsten kurzfristigen treibenden Kräfte. Der Übergang zu 100 Prozent erneuerbaren Energien, der Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas und damit die Dekarbonisierung aller Wirtschaftsbereiche sind die Schlüsselaufgaben des Klimaschutzes.

Dies gelingt nur, wenn Rohstoffe und die für ihre Verarbeitung nötige und in ihnen gespeicherte Energie massiv eingespart und möglichst vollständig im Kreislauf geführt und hocheffizient genutzt werden. Dafür ist eine völlig neue Vernetzung innerhalb und zwischen den Sektoren Strom, Wärme, Verkehr, Industrie, Dienstleistung und Landwirtschaft nötig. Die europäische Energieunion soll die verschiedenen Stärken der Regionen – Solarenergie im Süden, Geothermie und Wasserkraft in Skandinavien und den Alpen, Offshore-Windkraft im Atlantik, im Mittelmeer und in der Ostsee, Onshore-Windkraft in ganz Europa – miteinander verbinden. Zentral dafür sind die Entwicklung, der Aufbau und die Nutzung von Netzen und Speichern.

Die Energiewende wird insbesondere auch in den Kommunen sowie durch regionale Unternehmen und das Handwerk vorangetrieben. Deshalb ist der Landkreis gefordert, einen wesentlich größeren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, die Weichen für den Klimaschutz und die Energiewende zu stellen.

## Ausbau der kommunalen Anstrengungen für den Klimaschutz

2010 wurde die Klimaschutzagentur Weserbergland durch starkes grünes Engagement ins Leben gerufen. Seitdem hat sie sich zu einem landesweiten Leuchtturm entwickelt. Der Name "Weserbergland" ist Programm. Die Aktivitäten der Klimaschutzagentur erstrecken sich über die Landkreise Hameln-Pyrmont, Holzminden und Schaumburg. Neben den vielen Städten und Gemeinden in den drei Landkreisen sind auch alle drei Landkreise selbst **Gesellschafter der Klimaschutzagentur**. Die dadurch bereitgestellten Mittel ermöglichen der Klimaschutzagentur ein starkes gemeinnütziges Betätigungsfeld. Sie leistet eine neutrale Beratung für Privatpersonen, die nicht selten Impulse für eine investive Betätigung gibt. Davon profitiert nicht nur das Klima, sondern wir alle - die Privatpersonen, die ihre laufenden Energiekosten senken, die Handwerksbetriebe, die Aufträge erhalten und unsere ganze Region durch die Wertschöpfung, die hier vor Ort generiert wird und die Arbeitsplätze, die dadurch gesichert werden. Der Gesellschafter\*innenbeitrag ist deshalb nicht nur eine Investition ins Klima und in eine gute Zukunft für uns alle, sondern letztlich auch ganz praktische Wirtschaftsförderung. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass dieses gemeinnützige Betätigungsfeld der Klimaschutzagentur nicht nur erhalten, sondern weiter gestärkt wird.

Im Rahmen der **Nationalen Klimaschutz-Initiative** stellt der Bund für die Kommunen einen ganzen Strauß an Fördermöglichkeiten im Bereich Klimaschutz zur Verfügung. Aktuell ist die „Kommunalrichtlinie“ als Förderprogramm besonders bedeutsam. Im Rahmen des Programms kommen finanzielle Förderungen für Klimaschutzpersonal, Fokusberatung und Potenzialstudien, Energie- und Umweltmanagementsysteme, Energiesparmodelle für Schulen, Kitas, Sportvereine und Sozialunternehmen, den Aufbau kommunaler Netzwerke im Klimaschutz, die Einrichtung von Radabstellanlagen und Mobilitätsstationen, oder den Ausbau der

Radinfrastruktur im Allgemeinen in Betracht. Es sind Förderungen von bis zu 80% der Gesamtinvestitionen möglich. In unserem Landkreis bleiben diese Förderungen weitgehend unangetastet. Das wollen wir ändern. Gemeinsam mit der Klimaschutzagentur wollen wir die kommunalen Anstrengungen für den Klimaschutz ausbauen.

### **Kommunaler Aufbruch ins Solarzeitalter**

Seit 2019 steht den Bürger\*innen in den Landkreisen Hameln-Pyrmont, Holzminden und Schaumburg das **Solarportal** zur Ermittlung des Potenzials ihrer Dächer für die Nutzung von Photovoltaik (PV) zur Verfügung. Dies ist eine wichtige und bewusst niedrigschwellige Entscheidungshilfe, um überhaupt den Weg zu einer weiteren Beratung in Sachen eigener Stromerzeugung zu gehen. Dennoch wird das Potenzial der geeigneten Dächer bislang bei weitem nicht ausgeschöpft. Dies hat vielfältige Gründe, die sicherlich viel damit zu tun haben, dass die Senkung der laufenden Energiekosten eines Haushaltes durch eine PV-Anlage stark davon abhängt, wie hoch der Eigenverbrauch der Bewohner\*innen ist. Je mehr PV-Strom selbst verbraucht und nicht ins Netz eingespeist wird, desto höher ist heute die Rentabilität der Anlage. Je nach Haushalt kann dies also weitere Investitionen nach sich ziehen, wie zum Beispiel die Installation eines Stromspeichers, die Umstellung auf Elektromobilität oder die Anpassung der Heizungsanlage auf strombasierte Wärmepumpen oder Speicheröfen.

Hier setzt einerseits die **Solarkampagne** der Klimaschutzagentur an, die die Bürger\*innen neutral und gemeinnützig bei den anstehenden Entscheidungen berät und unterstützt. Neben der Begutachtung des Daches wird auch der individuelle Strom- und Wärmeverbrauch in die Beratung einbezogen. Andererseits scheuen Privathaushalte eine solche Investition insbesondere dann, wenn das benötigte Kapital zunächst aufgenommen werden muss.

### **Die Rolle der kommunalen Stadtwerke**

Diese Lücke wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit den kommunalen Stadtwerken Weserbergland, Hameln und Bad Pyrmont schließen. Mit **Pacht- oder Fördermodellen** möchten wir unsere Bürger\*innen ermutigen, durch eine eigene Anlage, die Energiewende voranzubringen und ihnen die finanzielle Entscheidung hierfür erleichtern. Gleichzeitig wollen wir, dass kommunale Energieversorgungsunternehmen unseren Bürger\*innen Lösungen anbieten, um ihren Eigenverbrauch aus dem selbst erzeugten PV-Strom zu steigern. Dies ist zum Beispiel möglich durch die **Etablierung eines intelligenten Speichernetzes**, in dem die PV-Anlagen und Stromspeicher der Kund\*innen virtuell miteinander verbunden werden. Je nach Bedarf und Wetterlage können die Kund\*innen überschüssigen Strom in die Community einspeisen oder benötigten Strom hieraus beziehen. Die intelligente Vernetzung ermöglicht privaten Haushalten eine maximale Steigerung des Eigenverbrauchs und die Direktvermarktung des überschüssigen Stroms.

Um das Ziel einer 100%igen Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, ist die Verkehrswende von zentraler Bedeutung. Dies beinhaltet auch den Umstieg auf Elektromobilität. Die Stadtwerke können dabei als treibende Kraft agieren, indem sie sich am **Ausbau der Ladeinfrastruktur** beteiligen. Neben der Installation von öffentlichen Ladesäulen spielt dabei insbesondere die Förderung der privaten Ladeinfrastruktur eine entscheidende Rolle. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die Stadtwerke **Kooperationen mit Wallbox-Herstellern** eingehen um unseren Bürger\*innen Ladelösungen zum Vorzugspreis anzubieten. Darüber hinaus wollen wir spezielle **Autostromtarife** einführen, die 100% Ökostrom zum reduzierten Arbeitspreis beinhalten.



Alle kommunalen Stadtwerke in Hameln-Pyrmont sollen zudem spezielle **Tarife für strombasierte Heizsysteme** anbieten, die ebenfalls 100% Ökostrom zum reduzierten Arbeitspreis beinhalten.

Mittelfristig wollen wir, dass unsere Stadtwerke sich aus allen fossilen Energieerzeugungen zurückziehen sowie **bis spätestens 2030 treibhausgasneutral werden und nur noch Strom aus 100% erneuerbaren Quellen anbieten**.

### **Zukunft 100% Erneuerbare Energien**

Um die Kräfte zu bündeln und die Akteur\*innen der Energiewende im Landkreis an einen Tisch zu bringen, wollen wir den **Runden Tisch "Zukunft 100% Erneuerbare Energien"**, der 2012 als "Runder Tisch Virtuelles Kraftwerk" gestartet ist, reaktivieren. Der Runde Tisch wird sowohl im Klimaschutz-Teilkonzept erneuerbare Energien als Maßnahme empfohlen und findet sich als regelmäßiges Akteur\*innen-Forum auch in den Empfehlungen des Masterplans 100 % Klimaschutz wieder. Er ist Plattform für den Austausch über Projekte im Bereich erneuerbarer Energien. Die Netzwerkarbeit soll kontinuierlich weitergeführt und verstärkt werden. Der Runde Tisch ist Forum für Fachimpulse für Zukunftsthemen, für moderierte Diskussionen zu aktuellen Fragestellungen sowie Austausch von Informationen.

### **Masterplan Klimaschutz umsetzen!**

Insgesamt steht mit dem Masterplan Klimaschutz ein wichtiges Instrument zur Senkung der Treibhausgase um 95% gegenüber 1990 und zur Reduktion des Endenergieverbrauchs um 50% gegenüber 2010 zur Verfügung. Wir wollen **den Masterplan mutig und konsequent umsetzen**. Der vorgeschlagene Maßnahmenkatalog umfasst 87 Punkte, die mehr oder weniger umfangreich und langwierig in der Umsetzung sind. Sie müssen in einer politischen 5-Jahres-Agenda nach Wichtigkeit und Dringlichkeit priorisiert und zu Jahrespaketen gebündelt werden. Dies ist eine Aufgabe für die ersten 100 Tage der Wahlperiode des neuen Kreistages. Zudem müssen dafür entsprechende finanzielle Mittel in den Haushalt eingestellt werden – natürlich unter Nutzung der vorhandenen Förderkulissen durch Bund und Land. Als Folge der Corona-Pandemie bieten Bund und Land derzeit so attraktive Förderprogramme wie nie zuvor an, die zum Teil eine 100 %ige Förderung vorsehen. Damit soll verhindert werden, dass die Klimaschutzbemühungen aufgrund der knappen kommunalen Haushalte zum Erliegen kommen. Diesen Umstand wollen wir nutzen.

Die Umsetzung des Masterplans wollen wir durch eine **Teilnahme am European Energy Award (eea)** sicherstellen. Der eea ist ein Programm für umsetzungsorientierte Energie- und Klimaschutzpolitik in Städten, Gemeinden und Landkreisen. Er ist prozessorientiert angelegt. Ziel des Programms ist es, Energieeinsparung und die effiziente Nutzung von Energie in der Kommune zu unterstützen und den Einsatz regenerativer Energien zu steigern. Mit einer systematischen Ist-Analyse bewertet die Kommune den Stand ihrer energie- und klimapolitischen Arbeiten und ermittelt eigene Stärken und Schwächen. Auf Basis dieser Erkenntnisse werden weitere Maßnahmen identifiziert, geplant und umgesetzt. Die Klimaschutzagentur Weserbergland und das Institut für Solarenergieforschung Hameln (ISFH) könnten das Verfahren als eea-Berater\*innen begleiten. Alle vier Jahre würde die Arbeit einer externen, unabhängigen Auditierung unterzogen, um die erreichten Fortschritte zu quantifizieren. Durch die systematische Erfassung der bisherigen Arbeit sowie durch die Planung und Umsetzung neuer Projekte wird die Energieeffizienz in den Kommunen kontinuierlich gesteigert.

Neben einem **jährlichen Energiebericht** für die eigenen Liegenschaften des Landkreises wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die **Erstellung eines jährlichen Klimaschutzberichtes** erreichen. Diese Berichte sollen die Ergebnisse der Klimaschutzarbeit der Verwaltung dokumentieren, ein Monitoring der Zielerreichung und einen Umsetzungsfahrplan für das jeweilige kommende Jahr beinhalten. Die Berichte sollen der Politik präsentiert werden. Es sollen des

Weiteren konkrete Zwischenziele für die CO<sub>2</sub>-Einsparung und die Verringerung des Energieverbrauchs für 2025/2030/2035/2040/2045 festgelegt werden.

### **Mach Dein Haus fit!**

Das Heizen von gewerblichen und privaten Gebäuden macht mehr als 10% der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus. Deutschlandweit und insbesondere in Hameln-Pyrmont liegen hier viele „niedrighängende Früchte“, also ein Einsparpotenzial welches mit geringem Aufwand und in vielen Fällen einem finanziellen Plus für Wohngebäudebesitzer\*innen gehoben werden kann. Der Gebäudebestand im Landkreis ist im überregionalen Vergleich eher betagt und der Sanierungsstau relativ groß. Vergleichbar mit dem Austausch von Glühbirnen durch LEDs, findet eine Erneuerung der Heizsysteme aufgrund der im Vergleich hohen Anfangskosten und der Verunsicherung der Beteiligten oft nicht statt. Analog zu der Abschaffung von Glühbirnen gibt es bei Heizungen die Energieeinsparverordnung (EnEV), die einen Zeitplan für den Austausch vorgibt.

Wir wollen die bereits bestehende Kampagne „Mach Dein Haus fit!“ der Klimaschutzagentur um eine formale Kooperation zwischen der Klimaschutzagentur, den Stadtwerken (als Betreiberin der Fernwärmenetze), den Bezirksschornsteinfeger\*innen, der Energieagentur und der Verwaltung des Landkreises erweitern. Diese Kooperation soll eine Bestandsaufnahme durchführen, also feststellen, welche Fortschritte bei dem Austausch alter Heizungen bisher erreicht wurden und in welchen Orten, Stadtteilen und Straßenzügen der EnEV eine Sanierung in den nächsten Jahren vorschreiben wird. Dies muss dazu führen, dass in diesen Nachbarschaften die Beratung und, wenn sinnvoll, der Ausbau von Fernwärme forciert wird, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Landkreis nachhaltig zu senken.

## **ATOMKRAFT**

### **Verantwortung für die Ewigkeit - Das atomare Erbe verwalten**

Nach mehr als 45 Jahren Widerstand geht das AKW Grohnde Ende 2021 endlich vom Netz. Für uns ist das ein Grund zum Feiern, denn wir haben uns von Anfang an gegen die Nutzung von atomarer Energie zur Stromgewinnung eingesetzt. Zu unüberschaubar waren die Risiken. Die Atomkatastrophen in Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima haben uns leider Recht gegeben. Doch damit nicht genug, ist die Endlagerfrage bis heute ungelöst.

Mit dem Rückbau des AKW Grohnde und vieler anderer AKWs in ganz Deutschland, steht die **Endlagerfrage** jetzt auch vor unserer Haustür. Das **Zwischenlager am AKW-Standort** in Grohnde wird uns noch viele Jahrzehnte erhalten bleiben, um die hochradioaktiven Abfälle in Castoren so lange zu lagern, bis irgendwo in Deutschland ein Endlager gefunden und hergerichtet wurde, das den Ewigkeitsanforderungen am wenigsten schlecht genügt.

Doch auch der Umgang mit den **schwach- bis mittelradioaktiven Abfällen** und den freigesetzten Abfällen, die beim Rückbau des AKW Grohnde anfallen werden, muss uns in den nächsten Jahrzehnten politisch beschäftigen. Deshalb haben wir eine **Begleitkommission** gegründet, die sich aus politischen Vertreter\*innen des Kreistages, der Kreisverwaltung, Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft und den Kraftwerksbetreibern zusammensetzt. Wesentliches Ziel der Begleitkommission ist die Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit, Initiativen und Verbänden an den Rückbauplänen und Fortschritten, sowie den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Öffentlichkeit. Die Begleitkommission soll sich erst wieder auflösen, wenn der Rückbau vollständig abgeschlossen ist.

Die bisherigen Rückbaupläne sehen die Verbringung der schwach- bis mittelradioaktiven Abfälle in das, von Anti-Atom-Initiativen immer als ungeeignet angesehene Erzbergwerk **Schacht Konrad** vor. Dies lehnen wir ab. Wir sind der Meinung, dass auch für die Endlagerung

dieser radioaktiven Abfallarten ein bundesweites, wissenschaftsbasiertes und ergebnisoffenes Suchverfahren gestartet werden muss.

Daran schließt sich unmittelbar die Frage nach einem Zwischenlager für schwach- bis mittelradioaktive Abfälle an. Die Pläne der Bundesregierung sehen vor, in unserem Nachbarlandkreis Hötter, in **Würgassen**, ein Bereitstellungslager für diese Abfallarten einzurichten. Das würde bedeuten, dass aus ganz Deutschland auch durch den Landkreis Hameln-Pyrmont, schwach- bis mittelradioaktive Abfälle über schlecht ausgebaute Straßen an einen völlig ungeeigneten Standort im Überschwemmungsgebiet der Weser transportiert würden. Dabei muss man sich klar machen, dass jeder Transport für die Bevölkerung ein zusätzliches Gefährdungsrisiko birgt. Wir lehnen auch diesen Wahnsinn ab.

Völlig ungeklärt ist bislang, was mit den **freigemessenen Abfallarten** aus dem Rückbau des AKW Grohnde passieren soll. Dabei handelt es sich um Abfallarten, deren Strahlungs-dosis rein rechnerisch 10 Mikrosievert pro Jahr und pro Person voraussichtlich nicht übersteigen darf.

Diese Abfälle werden bundesweit in DK1-Deponien verbracht, wie sie derzeit im stillgelegten **Steinbruch Bisperode im Ith** geplant wird. Befürworter\*innen dieses Vorgehens argumentieren, dass die Umgebungsstrahlung 10 Mikrosievert pro Jahr und pro Person weit überschreitet, es sich hierbei also um eine vernachlässigbare und gesundheitlich unbedenkliche Strahlungs-dosis handele. Wir halten diese Argumentation für falsch.

Die heutige Umgebungsstrahlung setzt sich bereits aus der natürlichen Strahlung, die in vielen Gesteinsarten vorkommt und der menschengemachten künstlichen Strahlung zusammen, die durch die zivile und militärische Nutzung von atomarer Energie zum Beispiel im medizinischen Bereich, zur Energiegewinnung, durch Atomkatastrophen oder Forschung an und Einsatz von Atombomben entstanden ist.

Diese künstliche Strahlung hat bereits zu einer Zunahme von Schilddrüsen-, Herz-Kreislauf- und Tumor-Erkrankungen in den letzten Jahrzehnten geführt. Deshalb warnen beispielsweise die „Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW) vor dem sorglosen Umgang mit freigemessenen Abfällen aus Atomkraftwerken und ihrer Entlassung aus dem Atomrecht. Sie erhöhen die künstliche **Umgebungsstrahlung** zusätzlich und setzen die Anwohner\*innen von solchen Deponien täglich und rund um die Uhr einer erhöhten Umgebungsstrahlung aus. Im Rahmen der geschaffenen Gremien und unserer politischen Einflussmöglichkeiten auf den verschiedenen politischen Ebenen wollen wir uns als Kreisverband dafür einsetzen, von diesem Prinzip abzusehen. Wir unterstützen die Forderung der Atommüllkonferenz – einem Zusammenschluss von Anti-Atombewegungen – **für alle Abfallarten sichere Endlager** zu finden und die Abfälle so lange sicher und rückholbar am Standort zu belassen.

Mit dem Standortauswahlgesetz wurde ein **Endlagersuchprozess für hochradioaktive Abfälle** in Gang gebracht, der eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung vorsieht. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat 2020 den ersten Teilgebiete-Bericht vorgelegt und in einer bundesweiten Online-Konferenz über zwei Tage vorgestellt. 80% der niedersächsischen Landesfläche sind demnach weiterhin im Suchverfahren. Auch die gesamte Fläche des Landkreises Hameln-Pyrmont ist weiterhin Suchgebiet.

Wir sind der Meinung, dies ist Grund genug, sich intensiv mit der Thematik zu beschäftigen. Natürlich stehen wir hinter dem Beschluss, ergebnisoffen nach dem bestmöglichen – oder auch am wenigsten schlechten - Standort für ein atomares Endlager zu suchen. Wir sind realistisch genug um anzuerkennen, dass es nun einmal eine Lösung für die Endlagerfrage geben muss. Letztlich ist der Umstand, dass es einen solchen Suchprozess überhaupt gibt, starker grüner Politik zu verdanken. Wenn es also das Ergebnis dieses Suchprozesses sein sollte, dass der am wenigsten schlechte Standort für ein atomares Endlager in unserem Landkreis liegt, dann sind wir auch bereit, dies zu akzeptieren. Sollte es jedoch auch nur den Hauch eines Zweifels geben, dass dieser Standort anders als nach wissenschaftlichen Kriterien und anders als

auf dem neuesten Stand von Forschung und Technik festgelegt wurde, werden wir unsere politischen Mittel nutzen, um den Standort zu verhindern.

Damit Zweifel von Anfang an angemessen berücksichtigt werden können, sind **Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung** Grundvoraussetzung. Die ersten Erfahrungen mit der Teilgebietekonferenz zeigen jedoch, dass längst nicht transparent gemacht wird, welche konkreten Daten der BGE als wissenschaftliche Grundlage zur Verfügung stehen. Das ist dem Umstand zu „verdanken“, dass nicht alle Daten aus öffentlichen Quellen stammen, sondern auch auf privatwirtschaftliche Daten zurückgegriffen wird. Ehrenamtliche, Kommunen und andere Interessierte haben aber keine Chance, Festlegungen nachzuvollziehen, wenn sie nicht auf dieselben Daten zurückgreifen können, wie das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE).

Wir werden uns in den politischen Gremien auf den verschiedenen Ebenen dafür einsetzen, dass an dieser Stelle nachgebessert wird. In jedem Fall ist aber die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der BASE sehr wissenschaftlastig und für Laien, sowie für hauptamtliche Mitarbeiter\*innen in den Kommunen, die dies neben ihrer eigentlichen Arbeit bewältigen sollen, nur schwer zu durchdringen. Die Kommunen und Ehrenamtlichen brauchen hier eigene **wissenschaftliche Expertise**.

Wir wollen dem Beispiel der bayerischen Landkreise folgen, die in Wunsiedel eine landkreisübergreifende **gemeinsame Geschäftsstelle** eingerichtet haben, deren Ziel es ist, Politik und Wissenschaftler\*innen mit Fachwissen zu versorgen und in der Kommunikation nach außen klar und sachlich aufzutreten.

## VERKEHRSWENDE

### Hameln-Pyrmont steuert ins GRÜNE – Klimafreundliche Mobilität

Der Verkehrssektor ist der Einzige, in dem die Treibhausgas-Emissionen seit 1990 nicht gesenkt werden konnten. Bei wachsendem Gesamtverkehrsaufkommen hat es keine Verlagerung hin zu umweltfreundlicher Mobilität gegeben. Auch die Elektrifizierung der Verkehrsträger hinkt, hinter dem klimapolitisch Notwendigen, hinterher. Kurz gesagt: Die Verkehrswende dürfte eine der größten klimapolitischen Baustellen sein, gleichzeitig ist sie eines der zentralen Handlungsfelder grüner Kommunalpolitik.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Förderung, Optimierung und den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Darunter verstehen wir Mobilitätsangebote, die allen Menschen allgemein zugänglich und kostengünstig zur Verfügung stehen. Zum Angebot gehören der regionale Eisenbahnverkehr, Linienbusse und Anruflinientaxen.

Beim Bahnverkehr stehen wir zur Elektrifizierung der Strecke zwischen Löhne und Elze (**Löhner Bahn**) mit stellenweiser Zweigleisigkeit (Doppelspurinseln). Dies bedeutet eine erhebliche Verbesserung des Personennahverkehrs auf der Strecke, die Erhöhung der Anschlusssicherheit in Hameln, Elze, Löhne und Hildesheim und begrenzt die Durchlässigkeit der Strecke für Güterzüge. Für eine Diskussion über einen weitergehenden Ausbau der Löhner Bahn stehen wir, unter Berücksichtigung lokaler Interessen, zur Verfügung. Voraussetzung dafür ist eine transparente Bürger\*innen-Beteiligung, die konsequente Umsetzung aktiver und passiver Lärmschutz- und Erschütterungsmaßnahmen, wie z.B. die rasche Um- bzw. Ausrüstung von Güterwagons mit sogenannten „Flüsterbremsen“, mehr Geld für effektivere Lärmschutzmaßnahmen (Wände, Absorber etc.) und angemessene Geschwindigkeitsbeschränkungen. Voraussetzung ist auch die Sicherstellung einer Verbesserung des Schienen-Personenverkehrs, durch eine bessere Taktung und weitere Haltepunkte, wie in Fischbeck oder Hameln-Nordstadt. Ein wichtiges Bahnangebot im Landkreis ist die S-Bahn Hannover. Neben der Erweite-

rung des Halbstundentaktes nach Bad Pyrmont, setzen wir uns für einen ganztägigen "Sprinter" von Hameln nach Hannover ein. Wir stehen für eine gemeinsame Planung des Verkehrs und eine enge Abstimmung mit der Region Hannover und der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG).

Darüber hinaus setzen wir uns für die vollständige Integration in den **Großraumverkehr** Hannover ein. Das Fahrplanangebot in der Fläche muss als Alternative zum Pkw attraktiver gestaltet werden. Buslinien müssen eine auf den Bahnverkehr abgestimmte Taktung erhalten und Mobilitätsmöglichkeiten zur Weiterfahrt, auch in den Randstunden, ermöglicht werden. Wir wollen, dass Mobilität ganzheitlich gedacht wird und die Mobilitätskette von Haustür zu Haustür zusammen gesehen wird, um die individuelle Fahrzeit für die Menschen und ihre Wege zu verkürzen und eine echte Alternative zum PKW zu bieten.

Damit mehr Menschen auf den ÖPNV umsteigen, wollen wir die Anbindung der ländlichen Bereiche unseres Landkreises bedarfsgerecht verbessern. Mit Hilfe einer **Einwohner\*innen-Befragung** wollen wir die Mobilitätsgewohnheiten ermitteln, um Linienführungen und Taktungen zu analysieren und zu überarbeiten.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die Mängel im Bereich Digitalisierung der Öffis offengelegt. Fahrgäste wurden an den Bussen abgewiesen, weil sie keine Möglichkeit hatten, ein mobiles Ticket zu lösen. Fahrplanänderungen, im Wege von Corona und dem Wintereinbruch im Frühling, wurden nur verspätet oder gar nicht in digitale Datenbanken eingepflegt. Apps können uns wesentliche Informationen liefern und das Leben erleichtern.

Die **Öffi-App** ist zu einem smarten Leitsystem weiterzuentwickeln. Neben Fahrgastinformationen, Fahrplanauskünften (möglichst in Echtzeit!), Ticketbuchen und Reservieren von Leihfahrzeugen aller Art, sollen auch Informationen bei Betriebsstörungen zu Alternativrouten möglich sein. Die Öffi-App wird zur täglichen Begleitung. Unter Umständen kann es auch sinnvoll sein, eine bestehende und ausgereifte App zu nutzen. Analog zu vielen anderen Verkehrsverbünden sollte der Ticketkauf über die App der Deutschen Bahn möglich sein. Es könnte auch die App des GVH genutzt werden. Sobald zuverlässig gute Live-Daten über den Fahrplan zur Verfügung stehen, werden diese, über verschiedene bereits bestehende Plattformen, nutzbar sein.

Zentrale ÖPNV-Haltestellen wollen wir zu **Mobilitätspunkten** entwickeln. Der ÖPNV bietet zahlreiche Umsteigepunkte an. Gerade diese sind besonders hochwertig und attraktiv zu gestalten. Sie sollen nicht nur das Umsteigen zwischen Bahnen und Bussen, sondern auch zu ergänzenden (intermodalen) Angeboten ermöglichen.

Für lange Wege ist es attraktiv, Fuß-, Rad- oder Autoverkehr mit dem ÖPNV zu kombinieren. Wer die letzte Meile mit dem Fahrrad zum ÖPNV zurücklegt, möchte das Fahrrad oder E-Bike gern am Bahnhof oder an der Haltestelle abstellen. Dafür ist der Ausbau guter, sicherer und sauberer Fahrradabstellanlagen an Haltestellen erforderlich. An größeren Haltestellen, insbesondere auf dem Land, auch PKW-Parkplätze. Die Anlagen sind außerdem gut zu beleuchten, damit keine Angsträume entstehen. Um den Wandel vor Ort zu beschleunigen, fördern wir den Ausbau von Ladeinfrastruktur für E-Bikes und E-Autos, insbesondere an zentralen ÖPNV-Haltestellen im ländlichen Raum.

Wer die Vorzüge von Fahrradfahren und ÖPNV voll auskosten will, möchte **Fahrräder auch in Bussen und Bahnen** mitnehmen. Insbesondere auf dem Land sind dazu Fahrzeuge umzurüsten (großzügige Aufstellflächen in den Fahrzeugen schaffen oder Fahrradträger an den Fahrzeugen montieren). Die Fahrradmitnahme ist zur Förderung der kombinierten Fahrten kostengünstig und in Abo- und Monatskarten bereits inbegriffen. Eine weitere gute Ergänzung sind Miet-Zweiräder im Float-System für die bzw. den letzten Kilometer. Im Abo soll auch dieses Angebot schon inbegriffen sein.

Wir wollen das **Carsharing-System** in unserem Landkreis ausbauen. Insbesondere an Mobilitäts-Knotenpunkten des ÖPNV löst es ein Stück weit das Problem, dass private PKW über 23 Stunden täglich stehen, und bietet Menschen ohne eigenes Auto eine weitere Möglichkeit mobil zu sein. Dabei setzen wir auf emissionsfreie Fahrzeuge. Private Initiativen zum Teilen von privaten Autos unterstützen wir ebenso, wie verschiedene Car-Sharing-Anbieter\*innen und neue Konzepte, wie die Nutzung kommunaler Fahrzeuge für ein Car-Sharing-System.

Den eigenen **Fuhrpark der Kreisverwaltung** rüsten wir sukzessive auf emissionsfreie Fahrzeuge um. Wir wollen als Landkreis damit ein Vorbild für die gesamte Bevölkerung sein. Gleichzeitig hinterfragen wir die Größe des Fuhrparks und regen zur Nutzung von E-Lastenrädern und E-Fahrrädern an.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern einen klimaneutralen ÖPNV-Betrieb bis 2035. Die **Verkehrsbetriebe Hameln-Pyrmont** sind aufgefordert, Konzepte zur Umstellung ihrer gesamten Fahrzeugflotte (Omnibusse, PKW, Sonderfahrzeuge) auf energiearme und emissionsfreie Fahrzeuge zu erarbeiten und umzusetzen. Die dafür zur Verfügung stehenden Fördermittel sind auszuschöpfen.

Eine gute Fahrradinfrastruktur ist Voraussetzung dafür, dass Menschen gern und sicher mit dem Fahrrad fahren. Schlaglöcher, kleine Schäden und andere Unebenheiten mindern den Fahrkomfort und machen den Radweg eher zum Hindernisparcours. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb die **Investitionen in den Fahrradwegeerhalt** steigern und zur Umsetzung die notwendigen personellen Ressourcen in der Verwaltung bereitstellen.

Neben der Instandhaltung ist die Pflege von Radwegen von zentraler Bedeutung. Der regelmäßige aber auch - in Bezug auf Insekten und Vögel - angemessen behutsame Schnitt von Büschen, Bäumen und Gräsern gehört genauso dazu, wie die regelmäßige Reinigung (u. a. von Laub, Scherben, etc.) und der Winterdienst.

**Radschnellwege** sind sehr gut trassierte und ausgebaute Fahrradwege, die Groß- und Mittelzentren miteinander verbinden. Ein Blick in die Niederlande zeigt, dass auf einer guten Infrastruktur Menschen bereit sind, Entfernungen bis zu 10 Kilometer und mehr im Alltag zurückzulegen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese Infrastruktur etablieren und ausbauen. Wenn die Menschen zu ihrer Arbeit das Fahrrad benutzen sollen, brauchen sie sichere Radwege. Deshalb ist eine wesentliche Forderung, im Landkreis die fehlenden Lücken über die Gemeindegrenzen bei den Radvorzugrouten zu schließen.

Einige beispielhafte Forderungen sind ein gut ausgebauter Radweg zwischen Klein-Berkel und Groß-Berkel, die Schaffung einer Verbindung zwischen der Wehler Marsch und dem Hamelner Weg in Fischbeck (und damit einer direkten Verbindung von Hess. Oldendorf bis Hameln Innenstadt), das Schließen von Lücken der ausgebauten Wirtschaftsstraßen entlang der B217 zwischen Hottenbergfeld und Hasperde Gewerbegebiet Rascher Ort, die Schließung der Lücke des überregionalen Radwegs zwischen Afferde und Behrensen parallel zur B1. Wir GRÜNEN stehen zu einer zügigen und konsequenten Umsetzung des Radverkehrskonzeptes des Landkreises.

Die verschiedenen Zuständigkeitsbehörden werden aufgefordert zusammenzuarbeiten. Dazu gehören auch **sichere Kreuzungen und Ampelschaltungen**, die auch die Fahrradfahrer\*innen berücksichtigen und eine "grüne Welle" für diese ermöglichen.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es nicht mehr zeitgemäß, dass Fahrbahnen über die **Straßenbeleuchtung** ausgestrahlt werden, während Radfahrende am Straßenrand häufig im Dunklen bleiben. Auf wichtigen Wegverbindungen sind intelligente Beleuchtungskonzepte zu bauen, die mit Bewegungsmeldern gesteuert werden.

Immer mehr Menschen entdecken **das Fahrrad auch zum Sport oder Reisen**. Ob für den Tagestrip, übers Wochenende oder eine Mountainbike- oder Urlaubsradtour, der touristische und

sportliche Nutzen im Freizeitradverkehr steigt. Die GRÜNEN heißen alle Radler\*innen herzlich willkommen. Gute Radwege, eine sinnvolle Wegweisung und hilfreiche Angebote entlang der touristischen Fahrradrouten tragen zum positiven Image des Fahrrad-Landkreises bei. Im Sinne des Umwelt- und Naturschutzes setzen wir uns für ein landkreisweites, offizielles Mountainbike-Wegenetz ein. Das ist eine gute Chance, sich hier von der besten Seite zu zeigen und in guter Erinnerung zu bleiben.

Den Neubau der seit langem kontrovers diskutierten **Südumfahrung** lehnen wir in der aktuell geplanten Form ab: Die immensen Kosten der neuen Planung stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zur Entlastungswirkung für die Bürger\*innen. Verkehrsbelastung, Lärm und Schadstoffemissionen werden weder in Afferde noch in der Hamelner Kernstadt spürbar reduziert. Die Naherholungs- und Naturschutzgebiete Weser, Fluthamel, Tönebönsteiche und Düh werden zudem massiv in Mitleidenschaft gezogen.

# GRÜN hält zusammen.

## SOZIALES

### Gleiche Startbedingungen schaffen – Soziale Teilhabe

Es kann teuer werden, sich unseren Sozialstaat nicht zu leisten, denn er garantiert den inneren Frieden. Dennoch ist es um unseren Sozialstaat schlecht bestellt: In kaum einem Industrieland herrscht eine so hohe Ungleichheit in Bezug auf Einkommen, Vermögen und Chancen wie in Deutschland – und diese Ungleichheit nimmt weiter zu.

Wir GN setzen uns für eine glaubwürdige kommunale Sozialpolitik ein, die Teilhabe für alle ermöglicht, Armut bekämpft und dazu beiträgt, dass das Zuhause bezahlbar bleibt. Wir fördern ein gutes Miteinander der Menschen, die schon länger hier leben und derer, die neu zugewandert sind. Auch vor Ort ist für uns die tatsächliche Gleichstellung von Frauen wichtig. Nur eine familienfreundliche Gemeinde ist auch eine zukunftsfähige Gemeinde.

Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass im alltäglichen Zusammenleben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Selbstverständlichkeit ist. Ausreichende und qualitativ gute Kinderbetreuung, flexible Angebote und familienfreundliche Öffnungszeiten gehören dazu. Gleiche Bildungschancen für alle und gut ausgestattete Schulen, die eine attraktive Umgebung für gutes Lernen bieten, haben für uns Priorität.

Auch in der Jugendförderung wollen wir GRÜNEN uns stark machen. Wir setzen uns ein für eine freie, eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft und wir stehen an der Seite der zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Rassismus und rechte Gewalt. Bei der Kommunalwahl 2021 kommt es auch darauf an, dass unser Landkreis nicht nach rechts abdriftet. Menschenfeindlichkeit und rechte Hetze haben bei uns nichts zu suchen.

- Wir unterstützen alle zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, die sich Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit friedlichen Mitteln entgegenstellen.
- Wir setzen uns für den Auf- und Ausbau von Anlauf- und Beratungsstellen für Menschen, die in Not geraten sind, ein. Dazu gehören die Arbeitslosen-, Obdachlosen-, Schuldner\*innen- und Suchtberatung, sowie die Schwangerenkonfliktberatung, die Beratungsstellen für Menschen, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind, die Beratungsstellen für Familien, Paare und Alleinerziehende mit Erziehungsproblematiken, das Frauenhaus und die Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die sozialen Einrichtungen unseres Landkreises für ihre wertvolle Arbeit eine verlässliche Förderung erhalten. Die kommunalen Mittel sollen bedarfsgerecht ausgeweitet und verlässlich zugewiesen werden.
- Wir wollen Frauenhäuser substanziell finanziell unterstützen.
- Wir wollen neue und alternative Wohnformen wie das Mehrgenerationenwohnen, Senior\*innen-WG, Wohnen mit Pflege auch in der Fläche fördern.
- Wir setzen uns für den bedarfsgerechten Ausbau der gesundheitlichen Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen ein.

### Gleichberechtigte Teilhabe für alle

Eine inklusive, vielfältige Gesellschaft ist die Voraussetzung für eine lebendige Demokratie, in der unterschiedliche Lebensentwürfe gleichberechtigt verwirklicht werden können. Gute politische Entscheidungen werden auf der Basis unterschiedlicher Perspektiven und Lebensrealitäten getroffen. Wir GRÜNEN wollen eine gleichberechtigte Teilhabe aller Identitäten in



der Kommunalpolitik. Zusammen mit den hier engagierten Vereinen, Verbänden und Initiativen wollen wir Lücken ermitteln und entsprechend Schritte planen, um das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe zu erreichen.

Gemeinsam arbeiten wir an einem Landkreis, in dem alle Menschen frei von einschränkenden Rollenbildern leben können. So lassen vielfältige Vorbilder zur Entwicklung Raum.

Wir fordern daher konkret:

- Projekte, wie das Mentoring-Programm zur gleichberechtigten Teilhabe von allen Geschlechtern in Politik und Wirtschaft, weiter auszubauen.
- Sitzungszeiten familienfreundlich anzupassen und die Teilnahme an Sitzungen auch online zu ermöglichen.

Es besteht nach wie vor ein Männerüberhang unter den Mandatsträger\*innen auf kommunaler und auf Kreisebene. Als GRÜNE gehen wir mit gutem Beispiel voran:

- Wir besetzen unsere Listenplätze quotiert.
- Wir achten bei der Besetzung der Ausschüsse sowie bei Entsendungen des Landkreises in externe Gremien, Organisationen und Institutionen auf ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter, gerade auch in Bezug auf Wirtschafts-, Verkehrs- und Finanzfragen.

### **Alles inklusive!**

Nicht nur für Geschlechtervielfalt muss noch viel getan werden, auch anderen Gruppen im Landkreis stehen noch viele Hürden im Weg, die wir abräumen müssen.

Dabei spielt das Thema Barrierefreiheit eine wichtige Rolle. Wir möchten, dass Menschen mit Handicaps gleichberechtigt am Leben teilhaben können, ob es im Bereich der Wirtschaft, der Schule, im Kindergarten, in der Freizeit, beim Einkaufen in der Stadt oder beim Besuch von Ämtern oder Gesundheitseinrichtungen ist. Wir setzen uns für möglichst viele Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt ein. Inklusive Klassen, inklusive Kindergärten, (Nacht-)Taxis für Menschen mit Handicaps zu flexiblen Zeiten, damit auch mal ein Kinobesuch möglich ist, das ist unser Ziel. Formulare müssen in leichter Sprache vorhanden, Erklärvideos und ein Button zum Vorlesen zugänglich sein. Alle Quartiersentwicklungsmaßnahmen, Neubauten und Sanierungen müssen auf Barrierefreiheit geplant und überprüft werden, sodass für alle Menschen ein diskriminierungsfreier Zugang möglich wird. Neue und alternative Wohnformen wie das Mehrgenerationenwohnen, Wohngemeinschaften und das Wohnen mit Pflege sollen unseren Landkreis bereichern. Wichtig ist außerdem eine zentrale Anlaufstelle im Kreishaus, die Förderprogramme auflegt und bei barrierefreien Umbaumaßnahmen unterstützt.

Die sehr hohe Zahl von Regelungen zu Möglichkeiten und Zuwendungen für Menschen mit Beeinträchtigungen verhindert den Überblick. Ohne eine unabhängige Teilhabeberatung sind die Betroffenen Falsch- und Fehlinformationen ausgeliefert. Deshalb werden wir uns für die Etablierung der ergänzenden und unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) unbefristet auch über das Jahr 2022 hinaus, einsetzen.

### **Integration**

Unser Landkreis ist stark von Sekundärmigration geprägt. Besonders nach Hameln sind viele Iraker\*innen gezogen. Um einer Ghettobildung vorzugreifen, bedarf es vieler kreativer Integrationsangebote. Besonders niederschwellige Sprachangebote mit Kinderbetreuung und berufsspezifische Angebote sollten ausgebaut und die Volkshochschule damit beauftragt werden. Auch die Sprachförderung von der Alltagssprache zur Bildungssprache bedarf einer großen Anstrengung, um dem Ziel der gleichen Bildungschancen näher zu kommen. Neben dem Migrationsrat und dem interreligiösen Dialog fördern wir Projekte, die

die Integration besonders der geflohenen Familien unterstützen. Dabei wollen wir das schon gut ausgebaute ehrenamtliche Engagement von Bürger\*innen unterstützen und ausbauen. Es sollen gezielt Programme für Jugendliche entwickelt werden, die den Kontakt zu deutschen Jugendlichen intensivieren.

Um den Übergang von Weiterbildungsangeboten und Sprachkursen in ein selbstbestimmtes Arbeitsleben zu erleichtern, werden wir Kooperationen zwischen ehrenamtlichen und kommunalen Initiativen, Schulen und ortsansässigen Arbeitgeber\*innen initiieren.

Wir wollen an zentralen Punkten im Kreis Anlaufstellen für Menschen einrichten, an denen niedrigschwellig und ohne Kontrolle im Internet recherchiert, gearbeitet und auch gedruckt werden kann – und das in der jeweiligen Sprache der Nutzer\*innen.

Wir wollen Verständnis für die sozialen Gefüge anderer Kulturkreise. Dafür benötigen wir Fachkräfte, die mit Empathie und kultureller Sensibilität agieren sowie eine Gesellschaft, die ermöglicht, kultursensible Arbeit zu leisten. Für diesen Bereich werden wir entsprechende Fortbildungen schaffen, die einheitlich und verbindlich angeboten werden.

### **Kinderschutz ernst nehmen!**

Wenn es in Familien nicht rund läuft, sind häufig die Kinder die Leidtragenden. Ihre Bedürfnisse geraten durch die Probleme der Eltern aus dem Blick. Sie werden vernachlässigt, erleben Gewalt oder sind selbst von körperlicher oder seelischer Gewalt betroffen. In solchen Situationen ist es wichtig, dass es vor Ort funktionierende **Kinderschutzvereinbarungen und Netzwerke** aus KiTas, Schulen, Gesundheitswesen, Polizei, Jugendhilfe und öffentlicher Verwaltung gibt, die die Kinder besser in den Blick nehmen und die Eltern befähigen, sie zu schützen.

Wenn wir Kinderschutz ernst nehmen, müssen wir uns fragen, welche Netzwerke Fachkräfte und Ehrenamtliche in unseren Städten und Gemeinden vorfinden, in denen sie sich bei Verdachtsfällen beraten können, bevor sie den oft weitreichenden Schritt zum Jugendamt machen. Sie fürchten einen Vertrauensverlust und das Wegbleiben der Kinder aus ihren Einrichtungen und Angeboten, wenn bekannt wird, dass sie das Jugendamt involviert haben. Sie brauchen vor Ort fachliche Ansprechpartner\*innen und Beratungsmöglichkeiten, die neben den individuellen Faktoren auch die sozialräumlichen Ressourcen und Unterstützungsmöglichkeiten berücksichtigen.

Mit der Initiative „Kein Raum für Missbrauch“ wirbt der Bundesbeauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs aktuell für die Erstellung von Schutzkonzepten in Schulen, KiTas und Vereinen, in denen Kinder betreut werden. Dies stellt die Zuständigen vor besondere Herausforderungen, da fachliches Know-How aufgebaut werden muss, das sich in entsprechenden Netzwerken viel leichter organisieren lässt, als wenn es jede Einrichtung für sich alleine schaffen muss. Die gemeinsame Auseinandersetzung und Sensibilisierung für Fragen der sexuellen Gewalt erhöht zudem die Wahrscheinlichkeit, dass Missbrauchsstrukturen, wie sie im Fall Lügde zutage getreten sind, schneller erkannt werden und den Kindern viel Leid erspart bleiben kann.

Deshalb setzen wir uns für die Regionalisierung der Jugendhilfe in Form von **Jugendhilfestationen** in Salzheimendorf-Coppenbrügge, Aerzen-Emmerthal, Bad Münster, Hessisch Oldendorf, Bad Pyrmont und Hameln und für die Bildung von sozialräumlich orientierten und institutionalisierten Kinderschutz-Netzwerken ein.

Der Fall Lügde hat eindrücklich gezeigt, wie wichtig die Einhaltung der gültigen **Fachstandards** sowohl in der Hilfeplanung als auch im Kinderschutz ist bzw. gewesen wäre. Sie sichern die Qualität der Arbeit im Kinderschutz und verhindern Verfahrensfehler mit weitreichenden Folgen. Für einen gelingenden Kinderschutz brauchen wir Führungspersönlichkeiten, die es sich zur Aufgabe machen, einerseits die Einhaltung geltender Fachstandards einzufordern

und zu kontrollieren aber andererseits ihren Mitarbeiter\*innen auch die nötigen Ermessensspielräume einzuräumen und sie durch Anerkennung, Verbindlichkeit und Fairness an die Kreisverwaltung zu binden.

**Führungskompetenzen** werden einem jedoch nicht in die Wiege gelegt. Führung muss man lernen. Dies ist ein nicht selten schmerzhafter Prozess, der eine hohe Selbstreflektion abverlangt. Teamleitungen nehmen zudem übergeordnete organisatorische, vernetzende und vermittelnde Funktionen wahr. Die vielfältigen Leitungsaufgaben können nur halbherzig wahrgenommen werden, wenn sie weiterhin eigene Fälle bearbeiten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Teamleitungen von der eigenen Fallbearbeitung freizustellen, sowie für die standardisierte Teilnahme an Führungskräftequalifizierungen und die Möglichkeit eines professionellen Coachings für Teamleitungen.

Die soziale Arbeit im Allgemeinen und die Jugendämter im Besonderen sind zunehmend vom Fachkräftemangel betroffen. In ländlichen Regionen wie unserer ist der Fachkräftemangel zudem stärker zu spüren, als in urbanen Räumen. Durchsetzen können sich langfristig nur Arbeitgeber\*innen, die in Arbeitszufriedenheit und persönliche Entwicklung der Mitarbeiter\*innen investieren. Dazu gehört neben regelmäßiger Fortbildung und Supervision vor allem eine gute **Einarbeitung**. Neben einer guten pädagogischen Ausbildung benötigen die Mitarbeiter\*innen im Jugendamt fundierte Kenntnisse der allgemeinen Verwaltungsvorschriften, sowie natürlich des SGB VIII und des Familienrechts. Erfahrungen im Kinderschutz müssen zunächst aufgebaut und durch erfahrene Kräfte fachlich begleitet werden. Die Einarbeitung dem Zufall zu überlassen, kann für die Biografien der Adressat\*innen weitreichende Konsequenzen haben. Stattdessen sollte strukturiert vorgegangen und Einarbeitung zur Chef\*innen-Sache erklärt werden. Dies ist gleichzeitig Garant für mehr Qualität im Kinderschutz. Deshalb setzen wir uns für die Erarbeitung eines Einarbeitungskonzeptes für neue Mitarbeiter\*innen im Jugendamt ein.

### **Öffentlicher Gesundheitsdienst**

Gerade in der Pandemie-Situation hat sich gezeigt, wie wichtig ein breit funktionsfähiger ÖGD ist. Wir setzen uns für eine Stärkung des ÖGD ein, um auch jenseits von Krisenmanagement und -bewältigung für die Prävention und Gesundheitsförderung tätig sein zu können. Er soll personell dauerhaft besser ausgestattet werden. Für die Besetzung von Vakanzen sind kreative Lösungen erforderlich. Insbesondere die guten Ansätze der Gesundheitsregion müssen prioritär umgesetzt werden.

## **BILDUNG**

### **Schule für das Leben – Selbstbestimmt und frei**

Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Dasein und die Teilhabe am Gesellschafts- und Berufsleben – ein ganzes Leben lang. Bildungspolitik beginnt bei der Unterstützung von Familien mit kleinen Kindern, setzt sich in der KiTa fort, umfasst den allgemeinbildenden Schulbereich, die weiterführenden Schulen, die Volkshochschulen, Berufsqualifizierungsmaßnahmen und die persönliche Weiterbildung.

Jedes Kind, jeder Mensch hat das Recht, dass ihm alle Bildungschancen offenstehen und optimale Bildungschancen bereitgestellt werden. Bildungspolitik ist zwar in erster Linie Ländersache, der Landkreis steht als Schulträger aber in der Verantwortung für die räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen, für die strategische Schulentwicklungsplanung und für die Bildungsberatung. Wir setzen uns dafür ein, dass

- unsere Schulen weiterhin saniert und neugestaltet werden; wir setzen uns dabei für eine lernfördernde und jugendgerechte Ausstattung der Räume wie der Außenanlagen ein; inklusives und barrierefreies Lernen muss grundsätzlich in allen KiTas und

Schulen ermöglicht werden; zudem müssen die Schulen für einen gebundenen Ganztagsunterricht ausgestattet sein.

- unsere Jugendlichen beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufsbildende Schule oder das Studium besser unterstützt werden; gemeinsam mit den Berufsbildenden Schulen, den Kammern, der Agentur für Arbeit und der Jugendberufshilfe wollen wir daher die Beratungs- und Unterstützungsangebote bündeln und damit aktiv insbesondere auf Jugendliche mit einem besonderen Unterstützungsbedarf zugehen.
- unsere berufsbildenden Schulen baulich und vor allem technisch so ausgestattet werden, dass sie den modernen Anforderungen der Digitalisierung gerecht werden; dazu bedarf es der digitalen Entwicklung berufsbezogener Projekträume, einer modernen Ausstattung mit berufstypischen technischen Geräten und Anlagen und eines hochwertigen technischen Supports.
- **alternativpädagogische Konzepte** (wie z.B. Montessori- oder Wildnispädagogik) im Rahmen von Modellprojekten an staatlichen Schulen, **Waldkindergärten** und Ersatzschulen in freier Trägerschaft Unterstützung erfahren.
- die Volkshochschule (vhs) als Infrastruktur für lebenslanges Lernen unterstützt wird.
- Ganztagsbetreuung in KiTas und Schulen und differenzierende Unterrichtsformen mehr Raum einnehmen – auch für Aktivitäten, die über den Unterricht hinausgehen: Mensa, Schulbibliotheken, Erholungs- und Bewegungsräume sind integrierte Bestandteile der schulischen Lernumgebung.
- integrierende Schulformen wie die IGS ausgebaut werden, da insbesondere diese Schulen darauf ausgerichtet sind, den individuellen, manchmal unstetigen Lernbiographien von Schüler\*innen gerecht zu werden.

Im Bereich der digitalen Kommunikation an Schulen wurde nicht erst in der Corona-Krise deutlich, wie hoch hier der zukünftige Bedarf ist. Infrastruktur hierfür ist nachhaltig weiter aufzubauen und verlässlich zu organisieren. Deshalb ist eine moderne Ausstattung der Klassenräume, sind leistungsfähige Internetanschlüsse in allen Klassenräumen und Arbeitszimmer für Lehrer\*innen eine Voraussetzung für optimale Bildungschancen. Um soziale Gerechtigkeit zu erreichen, ist eine produktive, sozial gerechte Lernumgebung entscheidend. Dies umfasst beispielsweise auch die Schulsozialarbeit.

Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass jeder Kindergarten im Landkreis inklusiv wird, damit jedes Kind an seinem Wohnort einen entsprechenden Kindergartenplatz finden kann. Um dieses Vorhaben zu unterstützen, streben wir ein trägerübergreifendes Poolmodell an, aus dem Fachkräfte für Inklusion je nach Bedarf an dem entsprechenden Kindergarten für einen bestimmten Zeitraum eingesetzt werden können.

Wir wollen die Heinrich-Kielhorn-Schule in Hameln als Zentrum für Inklusion ausbauen. Der gute Personalschlüssel an der Förderschule für geistige Entwicklung soll allen Schüler\*innen zu Gute kommen. Auch Kooperationsklassen sind für uns eine Brücke zum Umbau in ein inklusives Schulsystem, das den Anforderungen der Behindertenkonvention gerecht wird.

Dafür fordern wir das Land Niedersachsen auf, die personelle Situation für die Inklusion in allen Schulformen deutlich zu verbessern und im Neuen KiTa-Gesetz die dritte Fachkraft zu verankern und die Inklusion in Kindergärten durchzusetzen. Eine Gruppengröße mit maximal 18 Kindern ist für alle Kinder und Erzieher\*innen eine gute Ausgangsbasis.

Zudem fordern wir GRÜNEN:

- Früh- und Sprachförderung in KiTas - auch in der U3-Betreuung
- Vielfältige Sprachförderung in der Integration
- Berücksichtigung der Perspektiven von Schüler\*innen und Eltern bei der Schulentwicklung
- Förderung von Fair-Trade-Projekten an Schulen und KiTas
- Ausbau der Umweltbildung, z.B. anhand von Schulgärten oder Schulsolaranlagen

- Sozial gestaffelte Preise für das Mittagessen in Kindergärten und Schulmensen
- Gesunde Lebensmittel und Bio-Produkte in Kindergärten und Schulmensen, nach Möglichkeit aus der Region
- Täglich wenigstens eine vegetarische oder vegane Alternative auf dem Speiseplan der Schulmensen

## **Politische Bildung**

Mit „Fridays For Future“ hat die Jugend neue Bewegung in den politischen Diskurs gebracht. Wir GRÜNEN fordern aktive Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Wir regen die Einrichtung einer Arbeitsgruppe im Kreistag an, die sich um die Zusammenarbeit mit Schüler\*innen kümmert. In Anlehnung an Modelle wie "Pimp Your Town" soll während der Wahlperiode jede\*r Schüler\*in des Landkreises den Kreistag mit seinen Ausschüssen kennengelernt haben. Wir unterstützen alle Ideen zum Ausbau der politischen Bildung, besonders den außerschulischen Bildungsort Bückeberg. Auch die Zusammenarbeit mit dem Institut für Solarenergieforschung (ISFH) wollen wir weiter forcieren und Umweltprojekte, z.B. mit dem Programm „auf jedes Schuldach eine Solaranlage“, anschieben.

## **Sexuelle Bildung**

Einen essentiellen Bestandteil von gelungener Kinder- und Jugendarbeit stellt die sexuelle Bildung dar. Sie bildet eine grundlegende Basis für die in einer fortschreitend digitalen Welt immer wichtigeren Präventionsarbeit und stärkt das Selbstverständnis und Identitätsgefühl junger Menschen. Beides sind notwendige Kompetenzen zur erfolgreichen Navigation von Berufs- und Privatleben. Konfrontiert mit einer Gesellschaft, in der eine Überpräsenz sexueller Inhalte sowohl online als auch offline existiert, sind Kinder darauf angewiesen, dass wir ihnen empathisch und empowernd Werkzeuge an die Hand geben, damit sie ihre Sexualität selbstbestimmt und glücklich entfalten können.

Um sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen effektiv bekämpfen zu können, ist es unerlässlich, den Kindern bereits von Anfang an ein sicheres Verständnis über ihre Rechte mit auf den Weg zu geben. Ebenso wichtig ist ein der Entwicklung entsprechendes Vokabular, um Vorgänge am eigenen Körper klar benennen zu können. Deshalb dürfen sich sexualpädagogische Konzepte nicht auf Sexualkundeunterricht in den Schulen oder freiwillige Informationsangebote in der Freizeitgestaltung beschränken, sie müssen bereits in KiTas fachgerecht umgesetzt werden.

Die Bedürfnisse und Sorgen von Kindern und Jugendlichen sind heute so individuell und divers wie ihre jeweiligen Biographien und Hintergründe: Fluchterfahrungen und kultureller Dissonanz gilt es mit ebenso großer Sensibilität und sorgfältiger Beratung zu begegnen, wie jungen Menschen, die ihre Identität auf dem queeren Spektrum verorten. Diese Herausforderungen müssen sich in den Kenntnissen und Kompetenzen der Fach- und Betreuungskräfte zwingend widerspiegeln.

Der Landkreis hat zusammen mit diversen Einrichtungen, Fachkräften und Betroffenen ein Präventionskonzept gegen sexualisierte Gewalt in der Kindheit und Jugend erarbeitet. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Konzept umgesetzt wird.

### Das Verwalten gestalten – Politische Richtlinien für die Verwaltung

Eine moderne Verwaltung muss **Dienstleisterin und Partnerin der Bürger\*innen** sein. Dazu muss sie personell und technisch gut ausgestattet werden. Moderne Verwaltung steht für Bürger\*innennähe, kurze Wege, hohe Beratungsqualität, Sensibilität und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse.

Dabei kommt es nicht zuletzt auf eine konsequente Umsetzung der Möglichkeiten der **Digitalisierung** an. Eine digitale Verwaltung darf sich jedoch nicht damit begnügen, einfach nur bestehende Vorgänge zu digitalisieren. Die Verwaltung soll besser, dynamischer, niederschwelliger und bürger\*innennäher werden. Der digitale Behördengang muss durch seine Ausgestaltung für möglichst alle Menschen beherrschbar sein. Selbstverständlich müssen die Verwaltungsdienstleitungen des Landkreises und der Kommunen aber auch weiterhin in vollem Umfang analog zur Verfügung stehen.

Mit einer **E-Government-Strategie** für den Landkreis Hameln-Pyrmont wollen wir dafür sorgen, dass alle digitalisierbaren Verwaltungsdienstleitungen spätestens Anfang 2023 digital angeboten werden. Der Datensicherheit wird dabei höchste Priorität eingeräumt.

Das Online-Zugangsgesetz (OZG) verpflichtet die öffentlichen Verwaltungen in Bund, Land, Kreis, Städten und Gemeinden, ihre Dienste bis spätestens Ende 2022 digital zugänglich zu machen. Diese Vorgabe soll auch unser Landkreis umsetzen. Das Ziel ist ein unkomplizierter, sicherer und barrierefreier Zugang zu allen Verwaltungsleistungen.

Digitalisierung bedeutet jedoch weit mehr als die Umsetzung des OZG. Die Coronapandemie hat gezeigt, dass die Wirtschaftssektoren, in denen Formen digitaler Zusammenarbeit schon weit fortgeschritten sind, am wenigsten unter der Krise leiden. Es geht darum, die digitale Infrastruktur über die öffentlichen Verwaltungen hinaus auszubauen, um digitale Prozesse zu ermöglichen, zu stärken und krisensicher zu machen.

Das betrifft viele Bereiche des Alltags: Wirtschaftsunternehmen ebenso wie das Privatleben, kulturelle und mediale Angebote ebenso wie Bildung und Erziehung. Digitalisierung ist nicht zuletzt eine Frage der gleichberechtigten Teilhabe am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben.

Die Digitalisierung, beispielsweise der Schulen, setzt Investitionen in die Netzinfrastruktur, in Hardware, in das IT-Management und die Kompetenz zum Umgang mit Informationstechnologie voraus. E-Learning funktioniert nur, wenn alle Schüler\*innen gleichermaßen Zugang zu Endgeräten und zum Internet haben, wenn sie damit umgehen können und wenn auch die Lehrenden über ausreichend Erfahrung und Kompetenz im Einsatz digitaler Medien verfügen.

### Wir GRÜNE fordern:

- Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes für alle Verwaltungsdienstleistungen bis 2022.
- Schließung der Lücken der Breitbandversorgung.
- Bereitstellung freier WLAN-Zugangspunkte an den zentralen Punkten des öffentlichen Lebens (Verwaltungen, Gemeinschaftshäuser, Umsteigebereiche des ÖPNV) mit

Fokus auf Sicherheit und Datenschutz. Insbesondere sollten dabei nichtkommerzielle und unabhängige open-source-Angebote genutzt werden.

- Ausstattung aller Schüler\*innen mit einem digitalen Endgerät in aktuellem Standard. Familien mit geringem Einkommen sind dabei finanziell zu unterstützen.
- Konsequente Fortbildung der Mitarbeiter\*innen für die Aufgaben einer digitalen Verwaltung.
- Informationen, regionale Veranstaltungen und Märkte, Hilfs- und Unterstützungsangebote, Adressen von Vereinen und Unternehmen mit einer Hameln-Pyrmont-App zugänglich machen und die Möglichkeit schaffen, darüber Termine bei Behörden und anderen öffentlichen Stellen online zu buchen.

In der Verwaltung liegen viele **Informationen** vor, die für Bürger\*innen, Unternehmen und Verbände von großem praktischem Nutzen wären. Wir fordern, dass diese Information aufbereitet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Konkret sollten Kartendaten aus der Verwaltung, soweit irgend möglich zur Verfügung gestellt werden. Dabei sollten z.B. geplante Sperrungen, Bautätigkeiten, die Position von Straßenschildern und deren Veränderung vollautomatisch aus dem intern genutzten Geo-informationssystem veröffentlicht werden. Diese **Transparenz** an Information gilt z.B. auch für den genauen Zuschnitt von Katastergebieten (Wohn-/Gewerbegebiete) Landschafts- und Naturschutz und den dort geltenden Vorschriften, sowie für die Ergebnisse von Ausschreibungen zur Auftragsvergabe.

Viele dieser Informationen sind ohnehin verfügbar – man müsste „nur einmal in der Verwaltung nachfragen“. Wir fordern aber, dass diese proaktiv der Öffentlichkeit in maschinennutzbarer Form zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus wollen wir, dass sich langfristig die Herangehensweise der Verwaltung an Transparenz ändert. Alle Informationen, zu deren Veröffentlichung gesetzlicher Ermessensspielraum besteht, sollen nicht per Standard geheim („verwaltungsintern“), sondern standardmäßig der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Es ist rechtlich möglich, dass die Meldebehörde persönliche Daten der Bürger\*innen (Adresse, Geburtsdatum, usw.) an Interessent\*innen gegen Geldzahlung übermittelt. Wir fordern eine individuelle Informationspflicht, wenn Daten an dritte Einzelpersonen übermittelt werden und eine jährliche Berichterstattung der Verwaltung in einem öffentlichen Ausschuss, welche Datenarten in welchem Umfang und zu welchem Zweck an welche Unternehmen herausgegeben wurden.

Die Bürger\*innen haben ein Anrecht auf größtmögliche Transparenz politischer Entscheidungen. Öffentliche Ratssitzungen müssen daher künftig **ins Internet gestreamt** werden. Dies sollte so gestaltet werden, dass die gestreamten Sitzungen geschützt sind und nicht kopiert werden können. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass ehrenamtliche Kommunalpolitiker\*innen zumeist rhetorisch ungeschult agieren und das Internet „nicht vergisst“.

Neben transparenten politischen Entscheidungsprozessen ist eine kreative, breite **Bürger\*innen-Beteiligung** weit über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus wichtig. Mit der grünen Forderung nach einer breit besetzten Begleitkommission zum Rückbau des AKW Grohnde, die inzwischen ihre Arbeit aufgenommen hat, haben wir dazu schon einen wichtigen Beitrag geleistet. So soll es auch in anderen Bereichen, z.B. mit der Einrichtung des Dialogforums Landwirtschaft unter Beteiligung von Landwirt\*innen, Politiker\*innen und Verbraucher\*innen und mit Unterstützung der Verwaltung weitergehen. Für andere gesellschaftlich relevante Themenbereiche sind **Bürger\*innen-Räte**, die in einzelnen deutschen Kommunen bereits erfolgreich eingesetzt worden sind, eine sinnvolle Ergänzung zu politischen Beratungen.

Um die **Effizienz der Kreisverwaltung** zu steigern, sind wir bestrebt, themenbezogene Benchmark-Prozesse mit anderen Städten ähnlicher Größe anzustoßen. So sollen Stärken und Schwächen in zentralen Politikfeldern, wie zum Beispiel der Umsetzung des Klimaschutzes, der Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs offengelegt werden. Aus dieser Analyse sollen in allen organisatorischen Einheiten Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz in diesen Themenfeldern definiert werden.

**Die Gleichberechtigung von Frauen** muss auch in unserer Verwaltung hohe Priorität haben. Mindestens 50% der Führungspositionen unserer Verwaltung müssen deshalb mit Frauen besetzt werden. Durch ein professionelles Diversitätsmanagement soll zudem sichergestellt werden, dass sich die Vielfalt der Gesellschaft auch in den Mitarbeiter\*innen der Verwaltung widerspiegelt.

Die Kreisverwaltung sollte bei der Beschaffung mit gutem Beispiel vorangehen: Ein an Ressourcenschonung und kurzen Wegen orientiertes **nachhaltiges Beschaffungssystem** leistet einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz im öffentlichen Leben. Dafür sollen schrittweise alle Tätigkeitsbereiche der Verwaltung einer kritischen Analyse unterzogen werden. Eine stärker regionale Orientierung fördert dabei regionale Wertschöpfungsketten.

Der Landkreis Hameln-Pyrmont ist untere Wasserschutzbehörde. In der Kreispolitik spielt die Qualität und Menge unseres **Trinkwassers** bislang eine eher untergeordnete Rolle. Dies wird den kommunalen Eigengesellschaften und Wasserversorgungsverbänden überlassen. Im Prinzip ist das auch richtig. Vor dem Hintergrund zurückgehender Niederschläge und sich verstetigend regelmäßiger Dürreperioden aufgrund des Klimawandels benötigt unser Trinkwasser aber eine größere Aufmerksamkeit auch auf Landkreisebene.

Es stellt sich die Frage, ob wir über ausreichend Trinkwasserschutzgebiete verfügen, um unsere Bevölkerung auch in Zukunft mit sauberem Trinkwasser versorgen zu können, und ob die bestehenden Schutzgebiete ausreichend geachtet werden. Um hier auch politisch Einblick zu gewinnen, wollen wir die untere Wasserbehörde verpflichten, der Politik jährliche **Trinkwasser-Berichte** vorzulegen, in denen sich die chemische Qualität des Trinkwassers, die zur Verfügung stehenden Wassermengen, sowie die Entnahme- und Reproduktionsraten abbilden. Dies fordern wir auch für die zurückliegenden 10 Jahre ein, um ein Bild über die bisherige Entwicklung unserer Trinkwasserressourcen zu erhalten und diese mit den aktuellen Daten vergleichen zu können.

Diese Forderung wird durch Angaben des Landesministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz zur Einhaltung der Grenzwerte für Nitrat (50mg/l) beispielhaft für die Stadt Hameln untermauert. Das Trinkwasser für die Menschen in Hameln speist sich aus vier Quellen. Drei dieser Quellen (damit der Großteil des geförderten Trinkwassers) halten die Grenzwerte nicht mehr ein. Dieses Wasser ist damit nur noch bedingt als Lebensmittel geeignet.

Eine dauerhafte Veränderung ist nur möglich, wenn die Entsorgung von Abfall aus der agroindustriellen Massentierhaltung in den für das Grundwasser relevanten Gebieten aufhört. Langfristig muss das Ziel sein, dass keine Quelle für Trinkwasser in Hameln-Pyrmont mehr als ein Zehntel des gesetzlichen Grenzwertes aufweist. Um dieses Ziel zu erreichen fordern wir eine **Überarbeitung der Wasserschutzverordnungen** mit dem Ziel einer tatsächlichen Mengengrenzung des ausgebrachten Nitrats.

Auch im **Tierschutz** verlangen wir einen stärkeren politischen Einblick in die Aufsichtstätigkeit der Verwaltung. Seit 40 Jahren steht grüne Politik für einen schonenden und respektvollen Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt und mit den Tieren. In Niedersachsen ist es die Aufgabe der Kommunen, das Tierschutzgesetz umzusetzen. Wir wollen mehr Transparenz im Tierschutzvollzug: Das für den Tierschutzvollzug im privaten wie im gewerblichen Bereich zuständige Veterinäramt soll dem Kreistag jährlich einen **öffentlichen Bericht** über Verstöße gegen das Tierschutzrecht und die behördlichen Maßnahmen vorlegen. Gewerbliche Tierhal-



ter\*innen sollen **unangemeldet und mindestens einmal im Jahr** auf die Einhaltung von Hygiene- und Tierschutzregeln kontrolliert werden. Im Rahmen unserer politischen Möglichkeiten werden wir uns dafür einsetzen, dass **keine weiteren Genehmigungen** für Massentierhaltungs- und Großschlachtenanlagen mehr erfolgen.

### **Wandeln heißt Handeln - Grüne Wirtschaft**

Wichtige Basis unserer grünen Politik ist eine funktionierende Wirtschaft. Wir setzen hierbei auf die Stärkung regionaler Märkte und die Produktion regionaler Güter. Ökologie und Ökonomie sollen voneinander profitieren.

### **„So global wie nötig und so regional wie möglich“ - Regionale Wertschöpfung**

Eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht eine nachhaltige Wirtschaft. Das Motto: „So global wie nötig und so regional wie möglich“ beschreibt eine wichtige Prämisse für die dazu notwendigen Entscheidungen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landkreis Hameln-Pyrmont stehen für eine Wirtschaftspolitik, die regionale Stärken nutzt und die Region stärkt. Die Orientierung wirtschaftlichen Handelns an Mensch- und Tierwohl, an Nachhaltigkeit und Umweltaspekten sind Basis und Beurteilungskriterium für grüne Wirtschafts- und Innovationsförderung. Über eine reine Unternehmensförderung hinaus, stehen dabei Attraktivität, Lebensqualität und Chancen für die Menschen in den Städten und Dörfern des Kreises Hameln-Pyrmont im Mittelpunkt. Neue Konzepte für soziales und wirtschaftliches Miteinander, für Handel und Handwerk, für die Industrie und den Dienstleistungssektor werden aktiv gesucht und deren Umsetzung unterstützt.

Wir unterstützen in diesem Zusammenhang Neugründungen selbstverwalteter Betriebe und Prozesse zu mehr Beteiligung und Selbstverwaltung innerhalb vorhandener Unternehmen. Regionale Stärken und Bewährtes werden in moderne Konzepte eingebunden und mit intelligentem Technologieeinsatz zukunftsfähig gemacht.

### **Vernetzung und Förderung regionaler Anbieter - Direkt- und Regionalvermarktung**

Eine regionale Wirtschaft dient den hier lebenden Menschen und ist der beste Stabilitäts-Garant in Krisenzeiten. Digitalisierung und moderne Technologien erlauben es, Angebot und Nachfrage zusammenzubringen und die Wertschöpfungsketten innerhalb der Region aufzubauen und zu stärken. Die Akteur\*innen sind Unternehmen, Bürger\*innen, Verwaltung und - in unserem ländlich geprägten Raum - insbesondere die Landwirtschaft. Hier Vernetzung und Dialog zu gestalten ist zentraler Bestandteil einer zukunftsfähigen kommunalen Wirtschaftspolitik. Dazu gehört die Förderung des direkten persönlichen Austauschs zwischen den Akteur\*innen, ebenso wie die gezielte Nutzung digitaler Potenziale z.B. die Schaffung von Plattformen zum Informationsaustausch oder „Börsen“ für regionale Ressourcen und Produkte und Ableitung neuer Chancen für den stationären Handel.

Ein wichtiger Punkt ist die Werterhaltung von Immobilien in den Dörfern. Durch Digitalisierung ergeben sich auch in den von den Ballungszentren entfernt liegenden Dörfern neue Chancen, die durch die Förderung gezielter Nachnutzungs- und Standortkonzepte sowie Vernetzung unterstützt werden.

Die Lebensader einer florierenden Wirtschaft ist eine gut funktionierende Infrastruktur. Deshalb müssen auch die Abdeckungen der Mobilfunknetze -inklusive 5G - endlich lückenlos geschlossen werden.

## **Unterstützung regionaler Unternehmen bei zukunftsfähigen nachhaltigen Wirtschaftskonzepten**

Der notwendige gesellschaftliche Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise macht auch vor heimischen Unternehmen nicht halt. Sich verändernde Kund\*innen-Anforderungen, Digitalisierung, die Notwendigkeit eines nachhaltigen Energie- und Ressourcenmanagements sind Herausforderungen, denen sich die Unternehmen neben ihrer Kerngeschäftstätigkeit stellen müssen. Grüne Wirtschaftspolitik unterstützt Unternehmen, die sich als aktiver Teil dieses Transformationsprozesses verstehen, bei den zu bewältigenden Aufgaben.

Die Aufnahme von Nachhaltigkeitszielen in die Bilanz, finanzielle Fördermöglichkeiten, sowie Synergiebetrachtungen zwischen Ressourcen- und Energieeinsparungen einerseits und Betriebskostensenkung andererseits, erfordert spezielles Know-How und bewusst moderierte Prozesse. Dazu wird die Vernetzung mit im Kreis vorhandenen Spezialist\*innen und Ansprechpartner\*innen gefördert. Bereits vorhandene Institutionen wie das Solarforschungsinstitut und die Klimaschutzagentur werden als wichtige Partner\*innen der lokalen Wirtschaft verstanden. Weitere benötigte Kompetenzen werden aktiv gesucht oder wenn sinnvoll auch etabliert, wie z.B. gezielter Kompetenzaufbau in der Verwaltung bzgl. möglicher Fördergelder für nachhaltige Unternehmens-/ Wirtschaftstransformation.

Grüne Wirtschaftspolitik fördert krisenfeste Unternehmensausrichtungen durch Vernetzungsangebote, Kompetenzaufbau und Einbindung in lokale Wertschöpfungsketten.

## **Fairer Handel**

Der Blick über den eigenen Tellerrand ist gerade im Handel mit seinen weltweiten Verflechtungen nötig. Wir sehen genauer hin, woher die Waren kommen, die wir konsumieren, und legen auch bei den dortigen Produktionsbedingungen und unseren Einkaufsentscheidungen einen fairen und nachhaltigen Maßstab an.

Wir wollen uns mit unseren lokalen Möglichkeiten einsetzen für Fairness im Handel. Dazu hat unser Landkreis sich bereits auf den Weg gemacht und z.B. den "Fairführer" aufgelegt. In diesem Bereich ist allerdings eine wesentlich höhere Konsequenz nötig und es sind faire Waren grundsätzlich vorzuziehen. Unsere Schulen werden dahingehend gefördert, dass sie diesen Gedanken weitertragen und umsetzen. Unsere Repräsentant\*innen nutzen - wo immer das möglich ist - die Gelegenheit und machen beispielsweise mit Präsenten auf den fairen Handel und die damit wahrgenommene Verantwortung aufmerksam.

## **Förderung neuer Unternehmerkonzepte und von Sozialunternehmen - Stärkung des Genossenschaftsgedankens**

Bestandteil einer nachhaltigen und resilienten Wirtschaft ist auch die Dezentralisierung und stärkere Beteiligung der Bürger\*innen an wirtschaftlichen Prozessen, von denen sie direkt betroffen sind, z.B. die Energiewende oder die Mobilität. Grüne Wirtschaftspolitik fördert daher Genossenschaften und Bürger\*innen-Zusammenschlüsse bei der Erprobung und Umsetzung neuer Konzepte, welche die Anforderungen einer zukunftsfähigen Gesellschaft umsetzen. Regionale Initiativen und lokales Engagement, welche auf Tauschen, Teilen und Kooperieren ausgerichtet sind, werden als besonders wichtiger Teil der Wirtschaftspolitik gewürdigt.

## **Zuhause ist, wo andere Urlaub machen – Das Weserbergland**

„Eine Reise ins Weserbergland ist klimaschonender Urlaub“. Für den Ausbau des Tourismus nach diesem Motto bietet die Landschaft im Kreis Hameln-Pyrmont den besten Rahmen. Diesen Standortfaktor und die daraus resultierenden wirtschaftlichen Potenziale gilt es - insbesondere auch im Sinne einer zukunftsfähigen Dorfentwicklung - ernst zu nehmen und zu fördern. Dazu gehört es, ganzheitliche Tourismuskonzepte zu erarbeiten und umzusetzen. Die notwendigen Voraussetzungen z.B. Landschaftsschutz, Mobilitätskonzepte und Regionalität müssen übergreifend bei allen Verwaltungsentscheidungen berücksichtigt werden, um den Standortfaktor Landschaft zu erhalten und die Potenziale im Tourismus zum Wohle unserer Ortschaften zu erschließen und auszubauen.

## **Der Naturpark Weserbergland als Standortfaktor und Marke**

Der Naturpark Weserbergland wurde 1975 gegründet und bedeckt den Landkreis Hameln-Pyrmont vollständig, sowie den Landkreis Schaumburg etwa zur Hälfte. Bis 2020 wurde der Naturpark ausschließlich ehrenamtlich geführt – zuletzt dankenswerterweise vom ehemaligen Bürgermeister von Rinteln Karl-Heinz Buchholz. Seit 2021 hat er nun endlich einen hauptamtlichen Geschäftsführer. Diese Entwicklung haben wir GRÜNEN im Kreistag Hameln-Pyrmont maßgeblich vorangetrieben. Die Aufgaben eines Naturparks sind im Bundesnaturschutzgesetz geregelt.

Wir wollen, dass der Naturpark Weserbergland zu einer echten Marke für sanften Tourismus wird, die für Erholung bei Klettern, Wandern, Rad- und Bootfahren, für abwechslungsreiche Landschaft, Artenvielfalt, regionale Produkte und Umweltbildung steht. Weser, Berge, Land und Menschen sollen dabei im Mittelpunkt stehen. Der Naturpark soll Impulsgeber und Förderer entsprechender Entwicklungen in unserem Landkreis werden. Er soll Partner für lokale Akteur\*innen werden, die sich im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens in und für unseren Landkreis ökologisch, wirtschaftlich und sozial engagieren wollen. Nachhaltigkeit zielt in unserem Sinne darauf ab, dass Menschen und Regionen sich weiterentwickeln und Wachstum erzielen können, allerdings nicht grenzenlos und ohne dabei anderen Menschen und Regionen die Lebensgrundlage zu entziehen – weder jetzt noch in nachfolgenden Generationen. Unser Ziel ist eine chancengerechte Entwicklung, die ein Leben in Frieden und ein dauerhaft tragfähiges Ökosystem ermöglicht.

In einem ersten Schritt auf diesem Weg wollen wir, dass der Naturpark Weserbergland Mitglied im Landesverband Niedersachsen der „Regionalbewegung“ wird. Ziel des Verbandes ist es, Verbände und Institutionen aus verschiedenen Fachbereichen, wie Gastronomie, Handwerk, Landwirtschaft, Verbraucher\*innen- und Umweltschutz, sowie Regionalentwicklung und Regionalvermarktung zusammenzubringen, um sich gemeinsam für die Interessen der Regionen in Niedersachsen einzusetzen und einen Austausch zu fördern.[2]

Viele weitere Ansatzpunkte für die Tätigkeit und Entwicklung des Naturparks Weserbergland finden sich auch in den anderen Kapiteln dieses Wahlprogramms.

# LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

## Den Dialog suchen – Chancen für die bäuerlichen Familienbetriebe

Nur wenige Bereiche in unsere Gesellschaft sind schon seit Jahren so konfliktbeladen wie die zunehmend industrialisierte Landwirtschaft. Im Fokus stehen oft die Landwirt\*innen vor Ort; die wahren Verursacher\*innen der fundamentalen Probleme der Landwirtschaft bleiben der breiten Öffentlichkeit aber meist verborgen. Immer wieder berichten die Medien über tierquälerische Missstände in einzelnen Betrieben. Fast überall, wo große Viehhaltungs-Anlagen geplant werden, formiert sich Widerstand in der örtlichen Bevölkerung.

Die übermäßige Belastung des oberflächennahen Grundwassers mit Nitrat – gerade in Niedersachsen – wird in Kürze enorme Strafzahlungen an die EU nach sich ziehen. Schon vor einigen Jahren konnte eindeutig nachgewiesen werden, dass der konventionell betriebene Ackerbau mit immer größeren Feldern in einer immer mehr ausgeräumten Landschaft die Hauptursache für das beängstigende Insektensterben und damit auch den dramatischen Rückgang der Feldvögelpopulation ist.

In 2019 begannen quer durch die Republik die „Bauernproteste“ gegen angeblich übermäßige Umweltauflagen, im Wesentlichen ausgelöst durch die neue Dünge-Verordnung aber auch wohl unter dem Eindruck der überwiegend negativen Berichterstattung. Wie schon seit über 10 Jahren immer im Januar fanden in Berlin anlässlich der dortigen Landwirtschafts- und Ernährungsschau "Grüne Woche" regelmäßig Gegenveranstaltungen statt, wie z.B. die alljährliche Groß-Demonstration unter dem Motto "Wir haben es satt".

Schließlich änderte in 2020 ein Teil der Landwirt\*innen die Richtung ihrer Proteste, indem sie mehrfach Auslieferungslager von Aldi und Lidl blockierten und damit gegen die ständige existenzvernichtende Preisdrückerei bei Milchprodukten und anderen landwirtschaftlichen Produkten protestierten. Im Gegensatz zu den Demos in 2019 konnten sie in diesem Fall auch viele zustimmende Reaktionen in der Öffentlichkeit auslösen.

Aufgrund der Tatsache, dass die Landwirtschaft in vielen Gemeinden des Landkreises Hameln-Pyrmont eine große Bedeutung für die örtliche Wirtschaft, die Landschaft und die Natur, sowie für die Chance hat, immer mehr regionale Lebensmittel in Direktvermarktung und ohne lange Fahrstrecken bei uns im Landkreis zur Verfügung zu stellen, plädieren wir dringend für die **Einrichtung eines Dialogforums** unter Einbeziehung aller gesellschaftlicher Kräfte.

Erstes Ziel ist zunächst die Überwindung bisher scheinbar unüberbrückbarer Differenzen, indem auf allen Seiten ein Verständnis für die Positionen der jeweiligen "Gegenseite" geweckt wird auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse. Dann geht es um die Begleitung der Übertragung des sog. Niedersächsischen Weges in die landwirtschaftliche und naturschutzorientierte Praxis. Darüber hinaus, sollen aber vor allem die Möglichkeiten zur Stabilisierung der landwirtschaftlichen Einkommen durch Erzeugung und Vermarktung regionaler Lebensmittel erörtert werden. Dabei wird es u.a. auch um den Aufbau von örtlichen Vertriebsstrukturen gehen, wie z.B. gemeinschaftlich geführten Dorfläden.

Ein **Ziel einer grünen Landwirtschaftspolitik** bleibt die Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft und die Verbesserung der Absatzmöglichkeiten ihrer Produkte. Wir wollen auch eine artgerechtere Tierhaltung fördern, wobei der Neuland-Standard ein erster Maßstab sein könnte. Mit einer an das Gelände angepassten Linienführung (Keyline-Design) zur Verstärkung der Tiefensickerung kann Dürren und Erosion vorgebeugt werden und ebenfalls ein großer Beitrag zum Humusaufbau geleistet werden. Die Einrichtung von Blühstreifen und artreichen Feldgehölzen, wie Hecken mit ungenutzten Ruderalstreifen zur Biotopvernetzung, kann die verlorengegangene Biodiversität stabilisieren und z.T. wieder erhöhen. Wir

setzen uns dafür ein, dass für einzelne Investitionen auch kommunale Wirtschaftsförderungsmittel bereitgestellt werden.

Schließlich sollen der Landkreis und die Kommunen auch in Bildung bzw. Fortbildung investieren. Schon an den Grundschulen müssen Themen aus dem Bereich Landwirtschaft und Ernährung den Kindern auf sehr praktische Weise nahegebracht werden. Nicht zuletzt wären das auch Themen für die Erwachsenen-Bildung und für die Weiterbildung von Verwaltungsmitarbeiter\*innen. In Schulen und Kantinen sollen möglichst viele der verwendeten Lebensmittel aus der Region stammen, bevorzugt aus dem Ökolandbau.

### **Anpassung an den Klimawandel – Alarmstufe Rot für unsere Wälder**

Stürme, Hitze, Borkenkäfer: Die meisten Wälder sind im Klimastress. Mehrere Dürrejahre in Folge führten zu massiven Schäden. Betroffen waren zunächst insbesondere Fichtenforste, doch die anhaltende Trockenheit setzt auch anderen Baumarten, wie der heimischen Buche, zu. Die Schäden sind regional sehr unterschiedlich, je nach Standort und Bodenverhältnissen. Ursache der massiven Schäden ist jedoch nicht allein der Klimawandel. Das Öko-System Wald ist durch die industrielle Forstwirtschaft, insbesondere Monokulturen, Bodenverdichtung und das Anpflanzen nicht heimischer bzw. nicht standortgerechter Baumarten, anfälliger gegenüber Schädlingsbefall.

Wälder sind unersetzlich als Wasserspeicher, Luftfilter und Lebensraum für zahlreiche Tiere und Pflanzen. Wälder sind zudem enorme Kohlenstoffspeicher, die CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre aufnehmen und im Holz bzw. im Humus binden. Insbesondere reine, industriell bewirtschaftete Nadelholzforste sind jedoch anfällig für Wetterextreme und Schädlingsbefall. Ein Umbau zu naturnahem und standortgerechtem Mischwald ist somit dringend geboten, um robuste und artenreiche Wälder zu erhalten. Zum Schutz und Erhalt unserer Waldökosysteme müssen bei diesem Umbau zumindest in Europa heimische Laubbäume die zentrale Rolle spielen. Variationen heimischer Arten aus anderen klimatischen Regionen Europas können Chancen für den Waldumbau bieten.

Unsere Buchenwälder sind aber auch in den Schutzgebieten vielfach in einem schlechten Erhaltungszustand. Insbesondere die intensive Auflichtung der Buchenwälder durch Rückegassen und übermäßige Einschläge ohne ausreichende Erhaltung von Alt- und Totholz sowie Habitatbäumen, die damit einhergehende Beeinträchtigung durch standortfremde Baumarten und die Bodenverdichtung durch das Befahren mit schweren forstwirtschaftlichen Maschinen, macht unseren Buchenwäldern zu schaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass wenigstens in den geschützten Buchenwäldern naturnahe und strukturreiche Baumbestände unterschiedlicher Altersklassen entstehen oder erhalten werden.

Nur in wenigen ausgewiesenen Naturwaldentwicklungsflächen sind unsere Wälder wirklich geschützt. Da in allen anderen Schutzgebieten die forstwirtschaftliche Nutzung weiterhin gestattet ist, muss diese an strengere Regeln gebunden werden. Dazu gehört eine konsequente Dauerwaldwirtschaft, die Förderung der Naturverjüngung durch die Festlegung von jährlichen Wild-Abschussquoten anhand von Vegetationsgutachten, das Verbot von Bleigeschossen bei der Jagd, sowie die Reduktion von Durchforstungen auf Zeiträume von 15-20 Jahren, damit lebensraumprägende Waldstrukturen die Chance haben, sich zu erholen.

Die forstwirtschaftliche Waldnutzung muss grundsätzlich dem Leitbild der natürlichen Struktur ursprünglicher Wälder folgen. Dazu ist es notwendig pro Hektar 50% des natürlichen Totholzanteils eines vergleichbaren Urwaldgebietes vorzuhalten. Daraus folgt, dass wenigstens jeder zehnte Baum natürlich altern und absterben können sollte. Bestimmte Waldzonen sollten von Durchforstungen vollständig ausgenommen werden, um dauerhaften Rückzugsraum für viele Arten zu bieten. Die für die Artenvielfalt wertvollen Waldränder mit (Beeren-)Sträuchern, Unterholz, Gestrüpp und Efeubewuchs sollten nicht gelichtet, sondern erhalten werden. Sie bieten nicht nur freibrütenden Vögeln und Kleinsäugetieren Schutz und Nahrung, sie

schützen auch den Wald vor Austrocknung und Windwurf - eine Funktion, die in Zeiten des Klimawandels immer größere Bedeutung erlangt. Wo Waldsäume fehlen, setzen wir uns für ihre Wiederherstellung ein.

Wir beziehen uns bei den oben genannten Maßnahmen auf das niedersächsische LÖWE-Programm zur langfristigen ökologischen Waldentwicklung, dessen Umsetzung im Niedersächsischen Weg nochmal eine besondere Betonung erfährt. Darüber hinaus beziehen wir uns auf die vom Landkreis Hameln-Pyrmont erarbeiteten Maßnahmenpläne für die hiesigen FFH-Gebiete, deren Umsetzung wir vorbehaltlos unterstützen werden.

Die Anpflanzung von Douglasien lehnen wir grundsätzlich ab. Diese Baumart ist nicht an die heimischen Waldökosysteme angepasst, sodass es zu einem massiven Aussterben der etablierten Arten in solchen Neuanpflanzungen kommt. Zudem ist die Grundwasserbildung unter Douglasienforsten um bis zu 40 % geringer als im Buchenwald. Das Landesprogramm LÖWE gibt als Richtlinie ausdrücklich den Schutz des Waldbodens vor. Wir fordern deshalb zumindest für die öffentlichen Wälder die Holzernte auf bodenschonende Verfahren umzustellen. Die Zerstörung des Waldbodens, insbesondere durch Rückegassen, soll grundsätzlich ausgeschlossen werden.

## KREISLAUFWIRTSCHAFT

### Reparieren, Teilen, Wiederverwenden – Von der Abfall- zur Kreislaufwirtschaft

Alles zusammengerechnet "produzieren" die Menschen in Deutschland jedes Jahr über 600 kg Abfall pro Kopf; der Anteil der von örtlichen Unternehmen eingesammelten Haushaltsabfälle liegt bei etwa 90 kg/Kopf und Jahr. Das meiste davon wird irgendwie "verwertet", wobei sogar die Müllverbrennung als „thermisches Verwertungsverfahren“ bezeichnet werden darf.

In Wirklichkeit "leisten" wir uns Rohstoffverschwendung in einem gigantischen Ausmaß, das nur noch von wenigen Ländern der Welt übertroffen wird. Da bei der Herstellung und beim Transport all dieser weggeworfenen Konsumgüter jede Menge Energie benötigt wurde, hat diese Form der Abfallproduktion und Materialentwertung auch einen negativen Einfluss auf das Klima.

Viel besser wäre es, wenn all die Waren und Materialien, die wir für unser Leben benötigen, wesentlich länger genutzt werden könnten und auch würden. Zudem sollten wir auf vieles eigentlich Überflüssige verzichten. Alle Menschen können ihr Leben mehr oder weniger schnell auf ihr persönliches Höchstmaß an **Abfallvermeidung** umstellen.

Einige Beispiele:

- Waren möglichst unverpackt kaufen (spezielle "Unverpackt-Läden" sollten vom LK gefördert werden). In Gebrauchtwaren-Märkten kann von elektrischen Geräten und Bekleidung bis hin zu Möbeln vieles erworben werden, wodurch Neuanschaffungen zunehmend seltener nötig sind (auch diese Läden bedürfen einer Förderung und ggf. Anschubfinanzierung).
- Digitale Tauschbörsen nutzen; einige dieser Art gibt es schon im Netz; eine weitere kann für die Region Weserbergland geschaffen werden.
- In jeder Kommune sollten Reparatur-Werkstätten eingerichtet werden.
- Kommunen könnten eine Abgabe auf To-Go-Lebensmittel erheben, soweit nicht mittlerweile schon eine Pflicht zu Mehrwegverpackungen bei solchen Lebensmittel-Abgaben besteht.
- Digital unterstützte Sharing-Projekte ins Leben rufen: hierbei werden Gegenstände zwischen Privatpersonen ausgeliehen bzw. geteilt (PKWs, Elektrogeräte, spezielle Werkzeuge, etc.).

Die Förderung bzw. die eigenbetriebliche Organisation solcher und anderer Abfallvermeidungsprojekte muss aktiver Bestandteil der Kreispolitik und -verwaltung werden. Insbesondere muss im Bereich der **Öffentlichkeitsarbeit** des Eigenbetriebs "Abfallwirtschaft" die allgemeine Abfallvermeidung unter Benennung konkreter Projekte eine größere Rolle spielen. Selbstverständlich muss die Kreisverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen.

Die gesetzlich vorgegebene sog. Abfallverwertungs-Hierarchie steht bei uns - wie auch bei den meisten anderen Landkreisen und Städten - überwiegend nur auf dem Papier. Im Einzelnen besteht diese "Hierarchie" aus den folgenden Stufen:

1. Wiederverwendung des Gegenstandes, ggf. nach Reparatur und Überprüfung der sicheren Funktionsfähigkeit
2. Demontage des Gegenstandes und Weiternutzung der (meisten) Einzelteile in ihrer ursprünglichen Funktion
3. Weiternutzung von Einzelteilen in anderer Funktion, z.B. Fertigung von Regalbrettern aus ehemaligen Möbeln
4. Werkstoffliche Nutzung nach Separierung der verschiedenen Stoffe, z.B. Einschmelzen von sortenreinen Metallen oder Herstellung von Toilettenpapieren aus Altpapier
5. Energetische Nutzung von brennbaren Stoffen; (Mit-) Verbrennung von gemischten Abfällen, die auch nichtbrennbare Anteile enthalten
6. Verwendung von schadstoffarmen Verbrennungsresten im Straßenbau etc.;
7. Sondermüll-Verbrennung von schadstoffhaltigen Abfällen
8. Deponierung von schadstoffhaltigen Verbrennungsresten in sicheren Deponien, ggf. unter Tage

Bisher liegt der Schwerpunkt der Tätigkeiten unserer Kreisabfallwirtschaft (KAW) auf der Sammlung von Abfällen und einzelnen Wertstofffraktionen. Wir plädieren für eine deutliche Ausweitung ihrer wertstoffbezogenen Tätigkeiten, sodass sich die bisherige Abfallwirtschaft nach und nach zu einer **Kreislaufwirtschaft** entwickelt.

Die KAW sollte angelieferte noch nutzbare Haushaltsgegenstände, Bücher und Möbel zu festen Öffnungszeiten gegen eine geringe Gebühr direkt zur Abholung bereitstellen. Auf der Ebene der zweiten Stufe sollte die Kreisabfallwirtschaft ebenfalls stärker tätig werden. Schon bisher wird der Sperrmüll grob getrennt eingesammelt. Hier wären weitergehende Sortierungs- und Demontageschritte möglich, wobei sich z.T. auch die Vermarktungsmöglichkeiten auf der dritten und vierten Stufe erhöhen würden.

Perspektivisch müssten im Landkreis Hameln-Pyrmont mehrere **dezentrale Wertstoffhöfe** errichtet und die **Wertstofftonne** eingeführt werden, um größere Mengen von stofflich recyclingfähigen Gegenständen zu erfassen und in einer eigenen Anlage zu verarbeiten.

Ein wesentlicher Fortschritt auf den kombinierten Stufen vier und fünf stellt die Verarbeitung von Resthölzern und anderem organischen Material zu **Bio-Pflanzenkohle** und danach zu **Terra Preta** dar. Auch in diesem Fall sollte die Kreisabfallwirtschaft mindestens als Kooperationspartnerin aktiv an einem Projekt mitarbeiten, das nicht nur dem stofflichen Recycling dient, sondern insbesondere durch Festlegung von Kohlenstoff auch dem Klimaschutz.

Beispielhaft sei hier das Projekt „Landwirtschaft regenerativ“ des Fördervereins Terra Preta Weserbergland e.V. genannt:

- Durch das Aufbringen von Pflanzenkohle-Kompost, bekannt als Terra Preta, will das Projekt den **Humusaufbau** in Landwirtschaft und Gartenbau unterstützen und stabilisieren. Ziel ist es, den durchschnittlichen **Humusgehalt auf mindestens 5,5 Prozent** zu steigern – da beginnt die Selbstorganisation der Bodenlebewesen. Erträge können so



gesteigert werden. Weitere Effekte sind die **Steigerung der Biodiversität und die CO2-Sequestrierung**.

- Als Ausgangsmaterial will das Projekt die 30.000 t Grünschnitt und Landschaftspflegematerial verwenden, die in unserem Landkreis jährlich anfallen. Das Holzige wird zu Pflanzenkohle, der weiche Anteil wird mit der Pflanzenkohle gemischt und dann fermentiert und **möglichst preiswert an Landwirt\*innen, Gärtner\*innen und Kleingärtner\*innen** abgegeben. Dafür soll die Organisationsform einer **Genossenschaft** dienen.
- Der durch die Anwendung von Terra Preta Kompost entstehende **Produktivitätszuwachs soll Raum schaffen** für die Anlage von **Gewässerrandstreifen, Ackerrandstreifen und Blühstreifen**. Hinzu kommen **Keylines** - Gehölzstreifen entlang der Höhenlinien, die das Wasser im Feld halten. Diese Streifen haben eine Mehrfachfunktion: **Biotopbildung und Biotopvernetzung, Gewässerschutz, Erosionsschutz, Speicherung von Wasser, Biodiversitätsspeicher**.
- Parallel soll eine **Permakultur-Gärtnerei** nach dem Muster der französischen Farm **Bec Hellouin** aufgebaut werden. Hier soll das Pflanzenkohlesubstrat beispielhaft zur Anwendung kommen, Menschen mit Handicap sollen einen Arbeitsplatz finden, ein Informations- und Tagungszentrum soll angegliedert sein.

Dem Klimaschutz dient im Übrigen auch jedes Wertstoff-Recycling, das zu einer Reduzierung der sog. thermischen Verwertung beiträgt. Für das Erreichen der Klimaziele aus dem Paris-Abkommen ist es absolut notwendig, neben dem Stopp der Verbrennung von fossilen Energieträgern auch möglichst viel biogenen Kohlenstoff im Stoffkreislauf zu halten bzw. ihn letztlich z.B. in fruchtbaren Böden anzureichern.

Selbst die Chemische Industrie kann zum Klimaschutz beitragen, indem sie - als Ersatz für Erdöl und Erdgas - verschiedenste biogene Stoffe zersetzt und die Pyrolyse-Produkte zur Herstellung von Chemikalien, Pharmazeutika und Polymeren nutzt.



***gruene-hameln-pyrmont.de***

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN  
Kreisverband Hameln-Pyrmont  
V. i. S. d. P.: Britta Kellermann & Hagen Langosch  
Wendenstr. 2  
31785 Hameln

***Veränderung beginnt hier.***